

Zusammenstellung wichtiger Ereignisse in den Bereichen

Verkehr, Energie, Umwelt, Finanzen

2011

(Stand: 11.04.2013)

- 30.12. **Grösste Schweizer Raffinerie wird stillgelegt** – Der Konzern Petroplus erhält keine Kredite mehr und stellt deshalb im Januar 2012 den Betrieb der Raffinerie Cressier (NE) im Seeland ein. Diese Raffinerie ist nebst jener in Collombey (VS) die einzige und grösste in der Schweiz. Sie produziert ein Viertel aller im Inland verkauften Raffinerieprodukte.
(„Bund“ 31.12.11)
- 27.12. **Viele Junglenker sind auf den Strassen überfordert** – Eine Umfrage des Schweizerischen Fahrlehrerverbands (SFV) bei 20 Weiterausbildungszentren hat ergeben, dass rund acht von zehn Neulenkerinnen und -lenker unfähig sind, die Geschwindigkeit anzupassen. Zudem würden bis zu 90 Prozent den Rechtsvortritt missachten und 70 Prozent könnten beim ersten Versuch keine korrekte Notbremsung durchführen. Im Weiteren werde häufig die Kurve geschnitten, weil die Fahrerinnen und Fahrer eine falsche Blicktechnik anwenden sowie das Lenkrad nicht richtig in den Händen halten würden. Die Gründe für die schlechten Resultate werden in der Grundausbildung geortet. Diese sei nicht nachhaltig, weil die meisten Neulenkerinnen und -lenker die Fahrprüfung mit möglichst wenigen Fahrstunden bestehen wollten. Deshalb soll eine vorgeschriebene Mindestanzahl Fahrstunden vorgeschrieben werden.
(AR 25.01.12; 20Minuten 28.12.11)
- 23.12. **Schlussabstimmung in den eidgenössischen Räten** – Die Totalrevision des CO₂-Gesetzes, mit der die Schweiz die Klimapolitik bis in Jahr 2020 festlegt, ist vom Nationalrat mit 130 zu 61 Stimmen bei drei Enthaltungen und vom Ständerat mit 34 zu sechs Stimmen bei vier Enthaltungen genehmigt worden. Die Strassenverkehrsverbände haben diese Revision letztlich befürwortet. Im Weiteren hat der Nationalrat mit 139 zu 52 Stimmen bei fünf Enthaltungen und der Ständerat mit 42 zu null Stimmen bei zwei Enthaltungen eine Revision des Energiesgesetzes gutgeheissen, die es dem

Bundesrat ermöglicht, zur Steigerung der Energieeffizienz von Anlagen, Fahrzeugen und Geräten ohne Umweg über freiwillige Massnahmen Verbrauchsvorschriften zu erlassen. Die Strassenverkehrsverbände haben diese Revision abgelehnt.

(NZZ 24.12.11; BBl 2012 S. 113-128; AS 2012 S. 3231; AS 2012 S. 6989-7004)

- 20.12. **Neues Klimaschutz-Gesetz bereit für Schlussabstimmung** – Das total revidierte CO₂-Gesetz ist bereit für die Schlussabstimmung: Der Nationalrat hat sich in der letzten Differenz mit 95 zu 79 Stimmen dem Ständerat angeschlossen. Der Ertrag aus allfälligen Sanktionszahlungen, die Autoimporteure für übermässig Kohlendioxid (CO₂) emittierende Modelle leisten müssen, fliesst demnach in den Infrastrukturfonds.
(NZZ 21.12.11; BaZ 21.11.11)

- 20.12. **Nationalrat hat Verkehrssicherheitsprogramm „Via sicura“ durchberaten** – Der Nationalrat hat das vom Bundesrat vorgelegte und vom Ständerat bereits behandelte Verkehrssicherheitsprogramm „Via sicura“ fertig beraten. Die Grosse Kammer will weder eine generelle Pflicht zum Tragen eines Velohelms noch ein Obligatorium für Kinder und Jugendliche unter 14 Jahren. Ebenfalls hat der Nationalrat jede Alterslimite für das Radfahren auf Verkehrsstrassen gestrichen. Definitiv spürbar verschärft wird das Strassenverkehrsrecht für Raser, womit „Via sicura“ auch einen indirekten Gegenvorschlag zur hängigen Raserinitiative darstellt. So wurde eine Erhöhung des Strafmasses auf ein bis vier Jahre Freiheitsentzug bei Geschwindigkeitsexzessen – Tempoüberschreitungen von mindestens 40 bis 80 Stundenkilometer, je nach Limite auf der jeweiligen Strasse – deutlich angenommen. Verabschiedet hat der Nationalrat auch die Bestimmung, wonach die Gerichte bei groben, skrupellosen Verkehrsregelverletzungen das Fahrzeug beschlagnahmen lassen können. Endgültig gutgeheissen wurde im Weiteren die Nulltoleranz für den Alkoholkonsum bei besonderen Verantwortungsträgern wie insbesondere Bus- und Lastwagenchauffeure, Taxifahrer, Fahrlehrer und -schüler. Zudem befürwortete die Grosse Kammer eine Strafbestimmung für öffentliche Radarwarnungen und für die Vermarktung von Radarwarngeräten. Aus „Via sicura“ gestrichen wurde der Ersatz von Bluttests durch reine Atemlufttests bei Verdacht auf alkoholbedingte Fahruntfähigkeit. Ebenso verwarf der Nationalrat die Einengung der kantonalen Verfügungsfreiheit für die Erträge aus Geldstrafen und Verkehrsbussen. Abgelehnt hat die Grosse Kammer nicht zuletzt den vorsorglichen Führerausweisentzug bis zum einem rechtskräftigen Entscheid in Fällen, in denen der dringende Verdacht der Raserei besteht, sowie die vom Bundesrat angestrebte generelle Befristung der Führerausweise.
(NZZ 20./21.12.11; BaZ 20./21.12.11; „Bund“ 21.12.11; „Blick“ 21.12.11)

- 19.12. **Sanierung Gotthard-Strassentunnel: Bericht über volkswirtschaftliche Auswirkungen** – Das Bundesamt für Strassen (ASTRA) hat den von der Kommission für Verkehrs- und Fernmeldewesen des Ständerats verlangten Bericht über die regionalwirtschaftlichen Auswirkungen von Varianten zur Sanierung des Gotthard-Strassentunnels vorgelegt. Bei allen drei untersuchten Varianten – Vollsperrung ohne Sommeröffnung (ca. 2020-2025); Vollsperrung mit Sommeröffnung (ca. 2019-2025); Bau zweite Röhre (ca. 2035) mit anschliessender Sanierung des bestehenden Tunnels – werde sich die Erreichbarkeit der Kantone Uri und Tessin temporär verschlechtern. Die Auswirkungen des planbaren Ereignisses auf die Wirtschaft der Kantone wären verhältnismässig gering. Das aus der Sanierung resultierende Potenzial würde die negativen Auswirkungen auf Tourismus und verladende Wirtschaft überwiegen. Den Verlusten, die Tourismus, Gast-

ronomie und Transportgewerbe während der Sanierung erdulden müssten, stellt der Bericht die positiven Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekte gegenüber, die sich aus der Sanierung bzw. einem Tunnelneubau voraussichtlich ergeben würden. Die Verluste werden bei einer Vollsperrung ohne Sommeröffnung auf 128 bis 294 Millionen Franken beziffert, das Potenzial für die Wertschöpfung auf rund 585 Millionen. Bei einer Vollsperrung des Tunnels mit Sommeröffnung wären die negativen Auswirkungen etwas weniger ausgeprägt, und das Potenzial für die Wertschöpfung wäre etwas höher. Die Einbussen im Tourismus würden beispielsweise reduziert. Bei der Variante Bau einer zweiten Tunnelröhre mit anschliessender Sanierung ergibt sich laut Studie eine noch bessere Wertschöpfungsbilanz: Das entsprechende Potenzial läge bei rund 1,2 Milliarden Franken, die Verluste bei 19 bis 40 Millionen Franken. Der Bau einer zweiten Röhre würde die regionalwirtschaftlichen Risiken somit verringern. Ohne Einbussen ginge es aber auch bei dieser Variante nicht, weil der bestehende Tunnel aufgrund einer kurzen Zwischensanierung ebenfalls einige Monate geschlossen werden müsste und im Unterschied zu den anderen Sanierungsvarianten dann als Alternative kein Bahnverlad zur Verfügung stünde
(NZZ 20.12.11; ASTRA-Medienmitteilung 19.12.11)

19.12. Definitive Strassenrechnung 2009 – Gemäss den definitiven Resultaten für das Jahr 2009 der vom Bundesamt für Statistik (BFS) publizierten Strassenrechnung der Schweiz erreicht der Kostendeckungsgrad des privaten Motorfahrzeugverkehrs 118 Prozent und dessen Eigenwirtschaftlichkeitsgrad 113 Prozent. Für den Personenverkehr liegen diese Grade etwas tiefer – nämlich bei 112 bzw. 106 Prozent; derweil schneidet der Güterverkehr mit 145 bzw. 144 Prozent sehr gut ab. Im Gegensatz zur Transportrechnung (Trakos) werden in der Strassenrechnung die externen Kosten, die Unfallkosten und die Aufwendungen für die Fahrzeuge (Anschaffung, Betrieb und Unterhalt) nicht berücksichtigt. Nach neueren, vom Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) veranlassten Studien (Basisjahr 2007) verursacht der Strassenverkehr jährlich nahezu neun Milliarden Franken an so genannt externen Kosten.
(AR 28.01.12; BFS Aktuell 19.12.11; Info strasseschweiz 21.12.11)

19.12. Eisenbahnrechnung 2010 – Gemäss den definitiven Resultaten für das Jahr 2010 der vom Bundesamt für Statistik (BFS) publizierten Schweizerischen Eisenbahnrechnung weisen die Eisenbahnen einen Kostendeckungsgrad von rund 103 Prozent aus. Werden die Abgeltungen von Bund, Kantonen und Gemeinden für die ungedeckten Kosten des Verkehrsangebots sowie die Leistungen an die Infrastruktur ausgeklammert, beträgt der Kostendeckungsgrad noch gut 69 Prozent. Der Eigenwirtschaftlichkeitsgrad von knapp 40 Prozent macht deutlich, dass die Eisenbahnen die Volkswirtschaft sehr viel kosten.
(BFS Aktuell 19.12.11)

19.12. Fahren ohne Führerausweis wird härter bestraft – Ab 1. Januar 2012 wird das Fahren ohne erforderlichen Führerausweis gleich streng geahndet wie das Fahren trotz entzogenen oder aberkannten Führerausweises. Der Bundesrat hat die entsprechende Änderung des Strassenverkehrsgesetzes (SVG) auf Anfang des kommenden Jahres in Kraft gesetzt. Der Strafraum bewegt sich dabei zwischen einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren und/oder einer Geldstrafe von bis zu 360 Tagessätzen à maximal 3'000 Franken.
(ASTRA-Medienmitteilung 19.12.11)

16.12. Bundesrat verabschiedet Verlagerungsbericht 2011 – Der Bundesrat hat den Verlagerungsbericht 2011, der die Periode vom Juli 2009 bis Juni 2011 umfasst, verabschiedet. Darin stellt die Landesregierung fest, dass das Zwischenziel von einer Million alpenquerender Lastwagenfahrten per Ende des laufenden Jahrs und – mit den bestehenden Instrumenten – auch das Endziel von jährlich 650'000 Fahrten ab dem Jahr 2018 nicht erreicht werden kann. Von der Einführung einer planwirtschaftlichen Alpentransitbörse nimmt der Bundesrat vorläufig Abstand und schlägt nebst der Weiterführung der bestehenden Verlagerungsinstrumente und flankierende Massnahmen weitere Schritte vor: so etwa die Finanzierung und den Bau eines Vier-Meter-Korridors für den Verlad von Sattelaufliegern mit einer Eckhöhe von vier Meter auf der Gotthardachse der Neuen Eisenbahn-Alpentransversalen (NEAT), zudem die Nutzung des Spielraums, den das Landverkehrsabkommen bei der Festlegung von Gebühren für den alpenquerenden Schwerverkehr zulässt, insbesondere die Abklärung, ob sich die leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA) als Lenkungsinstrument ausgestalten liesse oder nicht zuletzt die Verlängerung des Zahlungsrahmens zur Förderung des alpenquerenden Schienengüterverkehrs, um die Gotthardachse schnell auszulasten und die Rollende Landstrasse (Rola) als Begleitmassnahme zum Nachtfahrverbot fortzuführen. Der Schweizerische Nutzfahrzeugverband (ASTAG) hat in einer Medienverlautbarung eine strikte Neuorientierung der gescheiterten Verlagerungspolitik gefordert. Die „Subventionitis“ zugunsten der Bahnen und die staatlichen Restriktionen gegen den Strassentransport müssten ein Ende haben. Stattdessen sollen Bundesrat und Parlament endlich den Mut aufbringen, ein realistisches Verlagerungsziel festzulegen und eine praxistaugliche Kooperation von Strasse und Schiene zu fördern. Der Verlagerungsbericht 2011 des Bundesrats könne dazu als Startschuss dienen. (UVEK-Medienmitteilung 16.12.11; ASTAG-Medienmitteilung 16.12.11)

16.12. CO₂-Zielwerte für neue Personenwagen gelten ab Mitte 2012 – Der Bundesrat hat die neue Verordnung über die Verminderung der CO₂-Emissionen von Personenwagen verabschiedet. Das revidierte CO₂-Gesetz und besagte Ausführungsbestimmungen treten per 1. Mai 2012 in Kraft; der Vollzug soll ab 1. Juli 2012 gewährleistet sein. In der vorgenannten Verordnung ist insbesondere festgelegt, dass Personenwagen, die mindestens sechs Monate vor ihrem Import bereits im Ausland zugelassen wurden, von den neuen Bestimmungen ausgenommen sind. Falls sich ein Missbrauch dieser Regelung abzeichnen sollte, kann das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) diese Frist auf maximal ein Jahr verlängern. Umgekehrt kann das UVEK die Frist im Fall einer bedeutenden Marktverzerrung, die zulasten der Direktimporte geht, verkürzen. Nebst dieser Möglichkeit zu Fristveränderungen kann das UVEK zusätzliche Kriterien (z.B. Kilometerstand) für die Erstinschreibung verankern. Liegt der CO₂-Ausstoss der neu in Verkehr gesetzten Fahrzeuge eines Importeurs ab Mitte 2012 im Durchschnitt über dem berechneten Zielwert, muss der betreffende Importeur eine Sanktionsabgabe bezahlen. Diese hat keine strafrechtliche Komponente, sondern ist strukturell eine Lenkungsabgabe. Aufgrund der neuen CO₂-Zielwerte für Personenwagen werden Treibstoffeinsparungen von jährlich rund 770 Millionen Franken erwartet. (UVEK-Medienmitteilung 16.12.11; AS 2012 S. 355-365)

15.12. Ständerat räumt Differenzen im CO₂-Gesetz aus – Im Rahmen des Differenzbereinigungsverfahrens betreffend die Totalrevision des CO₂-Gesetzes hat der Ständerat die

wesentlichsten Differenzen ausgeräumt. So ist die Kleine Kammer dem Nationalrat gefolgt und hat beschlossen, die Möglichkeit, die CO₂-Lenkungsabgabe auf Brennstoffen auch auf Treibstoffe auszudehnen, zu streichen sowie die Nachfolgeregelung für den freiwilligen Klimarappen auf Treibstoffen auf maximal fünf Rappen pro Liter zu begrenzen. Festgehalten hat das „Stöckli“ hingegen an einer Umlenkung des Ertrags aus Sanktionen, die Autoimporteure für übermässig Kohlendioxid (CO₂) ausstossende Modelle leisten müssen, in den Infrastrukturfonds.
(NZZ 16.12.11; BaZ 16.12.11)

11.12. Paradigmenwechsel in der globalen Klimapolitik – Nach zähen Verhandlungen hat die 17. UNO-Klimakonferenz (Conference of Parties, COP 17) in Durban (Südafrika) in einen Kompromiss gemündet. Bis 2015 soll ein neues globales Klimaabkommen, das für alle Staaten gilt, geschaffen werden und 2020 in Kraft treten. In der ersten Hälfte 2012 sollen die entsprechenden Arbeiten aufgenommen werden. Dannzumal wird in der Klimapolitik nicht mehr zwischen Industrie- und Entwicklungsländern unterschieden, was einem eigentlichen Paradigmenwechsel gleichkommt. Die Gegenleistung zu besagter Erarbeitung eines neuen weltweiten Klimavertrags besteht in einer zweiten Verpflichtungsperiode unter dem Kyoto-Protokoll. Dieses hält noch bis Ende des kommenden Jahres 37 Industrieländer sowie die Europäische Union (EU) zu Emissionsreduktionen an. Die nächste Periode soll 2013 beginnen. Ob sie bis 2017 oder 2020 dauern soll, ist noch offen. Die EU und einige weitere Staaten, darunter die Schweiz, haben sich bereit erklärt, sich weiterhin zu verpflichten. Russland, Japan, und Kanada hingegen wendeten dem Kyoto-Protokoll den Rücken zu. Das bedeutet, dass sich im Rahmen dieses Vertrags ab 2013 nur noch eine Rumpf-Gruppe CO₂-Reduktionsverpflichtungen eingehen wird. Im Weiteren wurde die Schaffung eines „Clean Climate Fund“ zur Verwaltung eines Teils der jährlich hundert Milliarden Dollar, welche die Industrieländer den Entwicklungsländern ab 2020 versprochen haben, beschlossen. Ebenfalls verabschiedet wurden Verbesserungen beim Schutz der tropischen Regenwälder sowie die Errichtung von Institutionen, die Entwicklungsländern bei der Anpassung an den Klimawandel helfen und den Transfer von Klimaschutztechnologien an Entwicklungsländer erleichtern sollen.
(NZZ 12.12.11; BaZ 12.12.11; „Bund“ 12.12.11; UVEK-Medienmitteilung 11.12.11)

27.11. TCS-Initiative „Stau weg!“ klar verworfen – Die von der Zürcher Sektion des Touring Club Schweiz (TCS) lancierte kantonale Volksinitiative „Stau weg!“ ist in der Urnenabstimmung mit einem Ja-Stimmen-Anteil von bloss rund 37 Prozent klar gescheitert. Dieses Begehren hätte eine Standesinitiative des Kantons Zürich verlangt, mit welcher der Bund aufgefordert worden wäre, die Staus auf den Zürcher Strassen durch den Bau von Autobahnen mit Kosten von gegen zehn Milliarden Franken bis ins Jahr 2025 zu beseitigen.
(NZZ 28.11.11)

23.11. Rabatte für Lastwagen mit Partikelfilter und Anpassung der LSVA an Teuerung – Lastwagen der Emissionsklassen Euro 2 und Euro 3, die mit einem Partikelfiltersystem ausgerüstet sind und deshalb weniger Feinstaub ausstossen, sollen ab 1. Januar 2012 eine Ermässigung von zehn Prozent auf der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) erhalten. Dies hat der Bundesrat beschlossen und die entsprechenden Verordnungsänderungen vorgenommen. Zudem will die Landesregierung, um das Transportgewerbe wegen des starken Frankens zu entlasten, mit der Europäischen

Union (EU) über die Einführung eines ebenfalls zehnpromtigen Rabatts für Euro-6-Fahrzeuge verhandeln. Die vom Bundesrat im Grundsatz bereits verabschiedete Anpassung der LSVA an die Teuerung soll gleichzeitig mit diesem zusätzlichen Rabatt für Euro-6-Lastwagen in Kraft treten, was voraussichtlich im zweiten Quartal 2012 der Fall sein dürfte.

(NZZ 24.11.11; Medienmitteilung Bundesrat 23.11.11; AS 2011 S. 5947-5954)

21.11. Komitee für den Ausbau des Gotthardtunnels präsentiert Studie – Ein neu gegründetes Komitee für den Ausbau des Gotthardtunnels hat eine Studie zu den volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen der im Zuge der Sanierungsarbeiten vorgesehenen langfristigen Sperrung des Gotthard-Strassentunnels (GST) vorgestellt. Laut Studie ist es demnach zwingend, im Rahmen der geplanten Sanierungsarbeiten als Variante auch den Bau einer zweiten Tunnelröhre in Erwägung zu ziehen. Diese Lösung erfülle alle Voraussetzungen, um die unterschiedlich gelagerten Interessen zu respektieren – vor allem auch die verfassungsrechtliche Vorgabe, die Transitkapazität nicht zu erhöhen. Zudem gelte die Variante mit einem zweiten GST als nachhaltig und vorteilhaft, und zwar sowohl in Bezug auf die direkten und indirekten Kosten als auch hinsichtlich der Zuverlässigkeit der Verbindung und der Verkehrssicherheit.

(NZZ 22.11.11; BaZ 22.11.11; Medienmitteilung Komitee 21.11.11)

18.11. Wissenschaftliche Studie belegt zu hohe Staukosten – Eine im Auftrag des Schweizerischen Nutzfahrzeugverbands (ASTAG) von der Firma ProgTrans AG verfasste wissenschaftliche Studie belegt, dass den Staukosten-Berechnungen der Behörden krasse Fehler und methodische Versäumnisse zugrunde liegen. Die Staukosten des Strassentransports seien um den Faktor zehn zu hoch angesetzt worden. Dieser Umstand ermöglichte es, die leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA) Anfang 2008/2009 massiv zu erhöhen. Bei einer fairen Betrachtung würden die von Lastwagen verursachten Staukosten lediglich rund 18 Millionen statt wie vom Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) vorgerechnet 166 Millionen Franken ausmachen. Aus ASTAG-Sicht ist nun deshalb dringender Handlungsbedarf angezeigt, um zu einer korrekten Berechnung der Staukosten zu gelangen.

(ASTAG-Websiteeintrag 18.11.11; „Sonntags Blick“ 20.11.11)

17.11. Vereinbarung von Regeln zur beschleunigten Einführung von Elektrofahrzeugen – Die Einführung von Elektroautos soll durch eine internationale Übereinkunft zwischen der Europäischen Union (EU), den Vereinigten Staaten von Amerika (USA) und Japan beschleunigt werden. Die Partner einigten sich auf eine enge Zusammenarbeit bei der weltweiten Angleichung der Vorschriften für Elektrofahrzeuge. Im geplanten Kooperationsübereinkommen ist vorgesehen, zwei informelle Arbeitsgruppen für Elektrofahrzeuge einzurichten. Die erste Arbeitsgruppe wird sich mit den Sicherheitsaspekten von Elektrofahrzeugen und ihrer Bauteile, einschliesslich der Akkus, befassen. Sie wird sich zudem um den Schutz der Fahrzeuginsassen vor elektrischen Schlägen im Betrieb, beim Laden und nach Unfällen kümmern. Die zweite Arbeitsgruppe wird sich vorrangig mit den Umweltschutzaspekten von Vorschriften für Elektrofahrzeuge befassen. (Pressemitteilung Europäische Kommission 17.11.11)

13.11. Aussteller- und Besucherrekord an der „transportCH“ – Mit rund 200 Ausstellern sowie einer Ausstellungsfläche von 44'000 Quadratmeter hat der 6. Schweizer Nutzfahrzeugsalon „transportCH“, der erstmals auf dem Gelände der BernExpo in Bern

durchgeführt wurde, nicht nur einen Aussteller-, sondern mit über 30'000 Eintritten auch einen Besucherrekord verzeichnet. Die siebte Ausgabe der „transportCH“ wird vom 7. bis 10. November 2012 am selben Ort stattfinden.

(Medienmitteilung „transportCH“ 07.11. und 13.11.11)

- 09.11. **Immer öfter Tempo 80 auf Autobahnen** – Das Bundesamt für Strassen (ASTRA) plant langfristig auf überlasteten Autobahnabschnitten statt der erlaubten 120 Stundenkilometer (km/h) immer mehr temporäre Temporeduktionen (80 km/h) anzuordnen. Dank tieferen Geschwindigkeiten soll es zu weniger Staus kommen; die betreffenden Strecken könnten zudem etwa zehn Prozent mehr Verkehr bewältigen. Die geplanten Tempo-80-Abschnitte werden gemäss ASTRA sukzessive eingeführt.
(Tages-Anzeiger 10.11.11)
- 06.11. **Ausbau der NEAT-Zubringer wird teurer** – Die Anpassung der Zufahrtsstrecken zum Gotthardbasistunnel der Neuen Eisenbahn-Alpentransversalen (NEAT) an die europäische Norm von vier Meter Eckhöhe kostet rund eine Milliarde Franken. Bisher hatte das Bundesamt für Verkehr (BAV) mit Kosten von 600 bis 800 Millionen Franken gerechnet. Die Kostenerhöhung begründet das BAV damit, dass die Tunnelstrecken nur bei laufendem Betrieb erweitert werden können.
(NZZ 07.11.11)
- 05.11. **Neuer Autobahnanschluss Rothenburg in Betrieb** – Der neue Autobahnvollanschluss Rothenburg (LU) ist offiziell dem Verkehr übergeben worden. Dieser Anschluss stellt ein Element des Agglomerationsprogramms Luzern dar und erfüllt in der Luzerner Gesamtverkehrsstrategie eine wichtige Funktion. Der auf ein tägliches Verkehrsaufkommen von rund 54'000 Fahrzeugen ausgelegte Autobahnanschluss nimmt die Verkehrsströme aus dem Rottal sowie Hildisrieden/Rain auf und sorgt für eine direkte Anbindung des Industriegebiets Rothenburg an das Nationalstrassennetz. Zudem entlastet er den Anschluss Emmen Nord und erhöht dort die Verkehrssicherheit. Das von Bund und Kanton Luzern realisierte Gesamtprojekt umfasst nebst den eigentlichen Anschlussbauwerken die komplette Fahrbahnsanierung der Autobahn A2 im Anschlussbereich, den Ausbau der Stations- und Rosengartenstrasse sowie den Umbau des bestehenden Vollanschlusses Emmen Nord zu einem Halbanchluss. Die Kosten belaufen sich insgesamt auf rund 60 Millionen Franken.
(Medienmitteilung Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement Kanton Luzern 05.11.11)
- 02.11. **Bundesrat präsentiert Modifikationen an FABI** – Der Bundesrat hat – nach Auswertung der Vernehmlassung – Änderungen an der Vorlage „Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur“ (FABI), die den direkten Gegenvorschlag zur VCS-Initiative „Für den öffentlichen Verkehr“ darstellt, vorgenommen. In der Vernehmlassung sei FABI mehrheitlich auf grosse Zustimmung gestossen. Deshalb sollen die bisherigen Mittel des zeitlich begrenzten Fonds für Eisenbahngrossprojekte (FinöV) weiterhin in den geplanten unbefristeten Bahninfrastrukturfonds (BIF) überführt werden: die leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA) und das Mehrwertsteuerpromille zeitlich unlimitiert, die Mineralölsteuermittel befristet bis voraussichtlich 2030. Zur Gleichbehandlung von Strasse und Schiene soll zudem für den Strassenbereich eine Fondslösung geprüft werden. Im Weiteren will der Bundesrat die Bundesmittel um hundert Millionen Franken auf jährlich 2,3 Milliarden Franken erhöhen und diese regelmässig dem vollen Wirtschaftswachstum anpassen. Der Bund werde damit ab

2025 pro Jahr rund 300 Millionen Franken mehr in den BIF einzahlen. Betreffend den Fahrkostenabzug bei der direkten Bundessteuer schlägt der Bundesrat neu eine Obergrenze von 3'000 Franken statt einer Pauschalierung von 800 Franken vor. Dieser Abzug liegt in der Grössenordnung eines nationalen Generalabonnements zweiter Klasse des öffentlichen Verkehrs oder jener Abzüge, die beim Pendeln per Auto für einen Arbeitsweg von total bis zu 20 Kilometer geltend gemacht werden können.

Gemäss einer Medienverlautbarung sieht **strasseschweiz** seine Forderungen durch die Änderungen an FABI nur geringfügig erfüllt. Weiterhin halte der Bundesrat an der erheblichen Quersubventionierung von der Strasse hin zur Schiene fest und gebe zu dieser massiven Verletzung des Verursacherprinzips keinerlei Begründung ab (NZZ 03.11.11; BaZ 03.11.11; BZ 03.11.11; „Bund“ 03.11.11; BAV-Medienmitteilung 02.11.11; Medienmitteilung **strasseschweiz** 02.11.11)

- 21.10. **Eröffnung des Umfahrungstunnels von Saas** – Der neu eröffnete Umfahrungstunnel der Prättigauer Gemeinde Saas (GR) befreit das Dorf vom Durchgangsverkehr von täglich bis zu 14'000 Fahrzeugen. Die Kosten der 3,7 Kilometer langen Umfahrung Saas, deren Herzstück der Tunnel ist, werden total voraussichtlich rund 250 Millionen Franken betragen, wovon gut 90 Prozent der Bund übernimmt, da die Strasse durch das Prättigau vor rund zehn Jahren von einer Kantons- zu einer Nationalstrasse (A28) umklassiert worden ist. Während in Saas die bisherige Durchgangsstrasse zur Tempo-30-Zone wird, warten im Kanton Graubünden noch weitere Gemeinden wie z.B. Silvaplana, Illanz oder Schmitten auf sehnlichst erhoffte Umfahrungsstrassen. (NZZ 22.10.11)
- 12.10. **Kein Referendum zum Gegenvorschlag zur Offroad-Initiative** – Obwohl der Verband freier Autohandel Schweiz (VFAS) offenbar die benötigten 50'000 Unterschriften gesammelt hat, wird er das Referendum dennoch nicht einreichen. Gemäss VFAS konnte im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zu den Ausführungsbestimmungen erreicht werden, dass sich auch andere Organisationen für gewisse VFAS-Anliegen stark machten. Der VFAS schätzt nun die Aussichten offenbar als gut ein, dass sich der Bund für eine ihn befriedigende Umsetzung auf Verordnungsstufe einsetzt. (NZZ 13.10.11; AR 19.10.11; VFAS-Medienmitteilung 12.10.11; BBl 2011 S. 8071)
- 12.10. **Ab 2012 keine Velovignette mehr** – Ab Anfang 2012 müssen Fahrräder mit keiner Velovignette mehr ausgestattet sein. Der Bundesrat hat eine entsprechende Verordnungsänderung beschlossen. Für Schäden, die Radfahrende verursachen, müssen künftig deren private Haftpflichtversicherungen oder sie selber aufkommen. (NZZ 13.10.11; ASTRA-Medienmitteilung 12.10.11; AS 2011 S. 4925-4943)
- 03.10. **Cleantech-Initiative offiziell zustande gekommen** – Die Eidgenössische Volksinitiative „Neue Arbeitsplätze dank erneuerbaren Energien“ (Cleantech-Initiative) der Sozialdemokratischen Partei (SP) der Schweiz ist mit knapp 105'000 gültigen Unterschriften offiziell zustande gekommen. Das Volksbegehren verlangt, dass die Schweiz bis ins Jahr 2030 ihren Energiebedarf mindestens zur Hälfte aus erneuerbaren Energien deckt. (NZZ 04.10.11; BBl 2011 S. 7527)
- 22.09. **Verkehrsentwicklung und Verfügbarkeit der Nationalstrassen 2010** – Gemäss einem neuen Bericht des Bundesamts für Strassen (ASTRA) sind im Jahr 2010 auf dem Nationalstrassennetz rund 15'900 Stautunden verzeichnet worden. Das sind 34 Prozent

mehr als 2009. Rund zwei Drittel oder fast 11'800 Stautunden wurden dabei durch Verkehrsüberlastung ausgelöst. Das entspricht gegenüber 2009 einer Zunahme von 47 Prozent. Die Anzahl Stautunden infolge von Baustellen (rund 1'900) hat sich im Jahr 2010 kaum verändert. Die Stauschwerpunkte figurierten nach wie vor im Grossraum Zürich. Was die Anzahl Tage betraf, an denen Staus auftraten, lag auch die Gotthardachse unter den Spitzenreitern. Die Jahresfahrleistung des Gesamtverkehrs auf den schweizerischen Autobahnen ist 2010 um 2,6 Prozent angestiegen. Im Jahr 2009 sind rund 40 Prozent der Fahrleistung des gesamten Motorfahrzeugverkehrs der Schweiz auf dem Nationalstrassennetz abgewickelt worden. Das Segment des schweren Güterverkehrs hat im gleichen Jahr sogar 65 Prozent seiner totalen Fahrleistung auf den Nationalstrassen erbracht. Dies, obwohl Letztere – gemessen an der Länge des gesamten helvetischen Strassennetzes – lediglich rund 2,5 Prozent ausmachen. 2009 wurden auf den Nationalstrassen zudem gut anderthalbmal so viele Personenkilometer zurückgelegt wie mit dem Gesamtsystem des öffentlichen Verkehrs auf Schiene und Strasse.

(NZZ 23.09.11; BaZ 23.09.11; ASTRA-Medienmitteilung und -Bericht 22.09.11)

21.09. Luftqualität im Jahr 2010 weiter verbessert – Gemäss den Messresultaten des nationalen Beobachtungsnetzes für Luftfremdstoffe (NABEL) sind Stickstoffdioxid (NO₂), Feinstaub (PM10) und Ozon jene Schadstoffe, die auch nach Jahren der Luftreinhaltepolitik das grösste Problem darstellen. Zwar hat sich auch bei diesen Stoffen die Situation seit Mitte der 1980er-Jahre stetig verbessert, allerdings werden die Immissionsgrenzwerte – vorwiegend in den grossen Städten – weiterhin überschritten. Grundsätzlich kann trotzdem festgehalten werden, dass in den vergangenen 20 Jahren betreffend die Luftbelastung eine deutliche Verbesserung erzielt worden ist.

(NZZ 22.09.11; NABEL-Bericht 21.09.11)

13.09. Nationalrat bereinigt Differenzen im CO₂-Gesetz – Bei der Differenzbereinigung im Rahmen der Totalrevision des CO₂-Gesetzes hat der Nationalrat die CO₂-Abgabe auf Brennstoffen erhöht, auf die Einführung einer solchen Abgabe auf Treibstoffen jedoch abermals verzichtet. Die Debatte in der Grossen Kammer war im Vorfeld von den Wirtschaftsverbänden *economiesuisse*, Schweizerischer Gewerbeverband (SGV) und Touring Club Schweiz (TCS) angeheizt worden. In einem Brief an alle Ratsmitglieder hatten sie offen mit dem Referendum gedroht, falls gewisse Bedingungen nicht erfüllt würden. In der Folge zogen CVP, SP und Grüne sämtliche ihre Anträge zurück, die eine CO₂-Abgabe auf Treibstoffen gefordert hatten. Gemäss Berechnungen des Bundesamts für Umwelt (BAFU) braucht es die Abgabe nicht, um die Klimaschutzziele zu erreichen. Für den heute bestehenden Klimarappen wird nun eine (veränderte) Rechtsgrundlage geschaffen und auf Antrag von Nationalrat Ruedi Lustenberger (cvp, Luzern) wird die Höhe auf fünf Rappen pro Liter Benzin und Diesel begrenzt.

(NZZ 14.09.11)

09.09. Im Jahr 2012 erhält die Schiene 1,93 Milliarden Franken von der Strasse – Im Jahr 2012 werden die Strassenbenützer wiederum die Strasseninfrastruktur und im Umfang von 1,93 Milliarden Franken auch einen Grossteil der neuen Schieneninfrastruktur bezahlen. Die ausgewiesenen und die geschätzten Gesamteinnahmen des Bundes aus Strassen- und Autosteuern belaufen sich 2012 voraussichtlich auf fast 9,3 Milliarden Franken.

(Medienmitteilung **strasseschweiz** 09.09.11)

- 09.09. **Auch öV muss auf Umwelt achten** – Gemäss einer vom Bundesamt für Verkehr (BAV) in Auftrag gegebenen Studie „öV und Umwelt – Herausforderungen und Handlungsbedarf“ braucht es wegen ökologischer Verbesserungen im privaten Strassenverkehr sowie aufgrund des prognostizierten starken Wachstums im öffentlichen Verkehr (öV) Anstrengungen, um den ökologischen Vorteil des öV auch in Zukunft zu gewährleisten. Denn mit den stetig wachsenden Verkehrsleistungen, einer Zunahme der Tunnelstrecken und höheren Geschwindigkeiten nehmen auch die Umweltbelastungen durch den öV zu. Der Strassenverkehr seinerseits hat in den vergangenen Jahren punkto Luftschadstoffe deutliche Fortschritte erzielt. (NZZ 10.09.11; BAV-Medienmitteilung 09.09.11)
- 08.09. **Einweihung der HGV-Strecke Rhein–Rhône** – Der Ost-Ast der Hochgeschwindigkeitsstrecke (HGV) Rhein–Rhône ist offiziell eingeweiht worden. An diesem Bahninfrastrukturvorhaben hat sich der Bund mit hundert Millionen Franken beteiligt. Diese Mitfinanzierung ist Teil des Programms, das den Anschluss der Schweiz an das europäische Eisenbahn-Hochleistungsnetz zum Ziel hat und das mit total einer Milliarde Franken aus dem Fonds für Eisenbahngrossprojekte (FinöV) finanziert wird. Die Baukosten für den Ost-Ast der HGV-Linie Rhein–Rhône werden auf insgesamt 2,3 Milliarden Franken geschätzt. Die 140 Kilometer lange Neubaustrecke zwischen Mulhouse und Dijon verkürzt die Fahrzeit zwischen Paris und Basel bzw. Zürich um eine halbe Stunde. (NZZ 09.09.11; BaZ 09.09.11; BAV-Medienmitteilung 08.09.11)
- 06.09. **Cleantech-Initiative eingereicht** – Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS) hat ihre eidgenössische Volksinitiative „neue Arbeitsplätze dank erneuerbaren Energien“ (Cleantech-Initiative) mit 106'000 gültigen Unterschriften eingereicht. Die Initiative verlangt den schrittweisen Ausstieg sowohl aus der Atomenergie als auch aus der Abhängigkeit vom Erdöl. Gleichzeitig legte die SPS eine Studie der Universität Lausanne vor, die das gewaltige Potenzial der geforderten so genannten Energiewende belegen soll. (SPS-Medienmitteilung 06.09.11)
- 04.09. **Hauchdünnes Ja zur Städte-Initiative in Zürich** – Da sowohl die Städte-Initiative (mit einem Ja-Stimmen-Anteil von 52,4%) als auch der Gegenvorschlag (mit einem Ja-Stimmen-Anteil von 64,3%) angenommen worden sind, musste die Stichfrage entscheiden. Und bei dieser setzte sich die Städte-Initiative mit einem Ja-Stimmen-Anteil von 50,6 Prozent hauchdünn vor dem Gegenvorschlag durch. Dass die Initiative schliesslich obenauf schwang, hatte nicht zuletzt mit der Parolenfassung der SVP zu tun, die empfahl, die Stichfrage nicht zu beantworten. So blieb auf mehr als 8'000 Stimmzettel die Stichfrage unbeantwortet. Die angenommene Initiative verlangt, den Anteil des motorisierten Individualverkehrs am gesamten Verkehrsaufkommen in Zürich innert zehn Jahren um zehn Prozentpunkte von 36 auf 26 Prozent zu reduzieren und diese Ziele in der Gemeindeordnung zu verankern. Nicht erfreut über das Abstimmungsergebnis zeigte sich die zuständige grüne Stadträtin Ruth Genner. Die von der Initiative gemachten zeitlichen und prozentualen Vorgaben seien nicht zu erreichen und deren Umsetzung deshalb unrealistisch. Die FDP sprach von einem Sieg der links-grünen Ideologien über die Vernunft. (NZZ 05.09.11; „Blick“ 05.09.11)

- 02.09. **Weniger Verkehrstote im ersten Halbjahr 2011** – Im ersten Halbjahr 2011 haben gemäss Bundesamt für Strassen (ASTRA) 160 Menschen auf Schweizer Strassen ihr Leben verloren, 2'044 wurden schwer verletzt. Gegenüber dem ersten Halbjahr 2010 verringerte sich die Zahl der Getöteten um vier Personen, jene der Schwerverletzten hingegen ist um 19 Personen gestiegen. Zum ersten Mal basiert die Halbjahresstatistik der Strassenverkehrsunfälle auf dem neuen Strassenverkehrsunfall-Register des ASTRA. (NZZ 03.09.11; ASTRA-Medienmitteilung 02.09.11)
- 31.08. **Bundesrat präsentiert Massnahmenpaket gegen Frankenstärke** – Das für das Jahr 2011 vom Bundesrat beschlossene Massnahmenpaket gegen die Frankenstärke umfasst insgesamt ein Volumen von 870 Millionen Franken. Darin sind auch Bahnsubventionen enthalten. So wird die bisher in Euro ausbezahlte Abgeltung für den alpenquerenden Güterverkehr zur Kompensation von Wechselkursverlusten um 28,5 Millionen Franken aufgestockt. Zudem erhält der regionale Personenverkehr 18 Millionen Franken. (NZZ 01.09.11; BaZ 01.09.11)
- 31.08. **Höhere Preise für Bahntrassen** – Der Bundesrat hat beschlossen, auf Anfang 2013 die Preise, die Bahngesellschaften für das Befahren des Schweizer Schienetzes bezahlen müssen, zu erhöhen. Mit dieser Massnahme nimmt der Bund zusätzlich 200 Millionen Franken ein. Dieses Geld will der Bundesrat in die Finanzierung und den Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI) stecken. Bei den Bahnbilletten sei durch die so genannte Trassenpreiserhöhung mit einem Preisanstieg von sieben Prozent zu rechnen. Laut Bundesamt für Verkehr (BAV) führt der Mehrverkehr zu wesentlich höheren Unterhalts- und Erneuerungskosten. Ausserdem sei die Teuerung in den vergangenen Jahren nicht auf die Trassenpreise überwältzt worden. (NZZ 01.09.11; „Bund“ 01.09.11; BAV-Medienmitteilung 31.08.11)
- 24.08. **Bundesrat beschliesst Inkrafttreten des NSAG** – Der Bundesrat hat entschieden, das im Frühjahr 2010 von den eidgenössischen Räten verabschiedete Nationalstrassenabgabegesetz (NSAG) sowie die entsprechende Verordnung (NSAV) per 1. Dezember 2011 in Kraft zu setzen. Die Autobahnvignette kostet wie bisher 40 Franken. Wer auf der Autobahn ohne Vignette erwischt wird, muss künftig 200 statt hundert Franken Busse bezahlen. Neu kann zudem der Zoll Kontrollen an der Grenze und die Ahndung von Vignetten-Verstössen privaten Organisationen übertragen. (NZZ 25.08.11; OZD-Medienmitteilung 24.08.11; AS 2011 S. 4105-4116)
- 22.08. **Gotthard-Basistunnel ab Ende 2016 in Betrieb** – Gemäss dem Bundesamt für Verkehr (BAV) sollen nun definitiv bereits ab Dezember 2016 die ersten Züge durch den Gotthard-Basistunnel der Neuen Eisenbahn-Alpentransversalen (NEAT) rollen. Maximal dürften dannzumal pro Stunde und Richtung sieben Züge durch den Tunnel fahren. (NZZ 23.08.11; BAV-Medienmitteilung 22.08.11)
- 17.08. **Motorfahrzeugsteuer: Wiederholung der Abstimmung im Kanton Bern** – Der Regierungsrat des Kantons Bern hat beschlossen, dass die Abstimmung betreffend die Reduktion der Motorfahrzeugsteuer wiederholt wird. Bereits zuvor hatte das Berner Verwaltungsgericht entschieden, dass die Abstimmung wegen des äusserst knapp ausgefallenen Resultats nachgezählt werden muss. Da allerdings in 30 Gemeinden über 18'000 Stimmzettel fehlen bzw. zu früh vernichtet wurden, kann die gerichtlich

verfügte Nachzählung nicht durchgeführt werden.
(„Bund“ 18.08.11)

14.08. Referendum gegen CO₂-Gesetz ergriffen – Der Verband freier Autohandel Schweiz (VFAS) und der Schweizer Ableger der European Association of Independent Vehicle Traders haben das Referendum gegen das im März 2011 revidierte CO₂-Gesetz ergriffen, das von den eidgenössischen Räten als indirekter Gegenvorschlag zur Offroader-Initiative verabschiedet worden war.
(NZZ 15.08.11)

26.07. CO₂-Ausstoss im Jahr 2010 leicht gesunken – Gemäss dem Bundesamt für Umwelt (BAFU) hat sich die CO₂-Bilanz der Schweiz im Jahr 2010 geringfügig verbessert. Unter dem Strich ging der CO₂-Ausstoss verglichen mit 2009 um rund ein Prozent zurück. Zwar befanden sich die CO₂-Emissionen damit gut acht Prozent unter dem Wert von 1990; das Ziel, den durchschnittlichen CO₂-Ausstoss bis 2012 gegenüber dem Niveau von 1990 um zehn Prozent zu reduzieren, wurde aber noch nicht erreicht. 2010 haben auch im Treibstoffsektor, wo im Gegensatz zum Brennstoffbereich keine so genannte Klimakorrektur vorgenommen wird, die Emissionen leicht um 0,4 Prozent abgenommen. Dass trotz der anziehenden Konjunktur ein Rückgang zu beobachten war, dürfte laut BAFU einerseits auf den starken Schweizer Franken zurückzuführen sein, der den Tanktourismus reduzierte – das heisst, es war für Ausländer weniger attraktiv, in der Schweiz zu tanken. Andererseits wirkte sich der deutliche Rückgang des spezifischen Treibstoffnormverbrauchs von Neuwagen auf die Reduktion der entsprechenden CO₂-Emissionen von 167 auf 161 Gramm pro Kilometer (-3,5%) zwischen 2009 und 2010 positiv aus. Trotz dieses Rückgangs lagen die Treibstoffemissionen 2010 noch immer knapp 13 Prozent über dem Stand von 1990. Berücksichtigt man den Kauf von ausländischen Emissionszertifikaten im Umfang von zwei Millionen Tonnen CO₂ (Kohlendioxid) pro Jahr durch die Stiftung Klimarappen, mit welchen der Ausstoss in der Schweiz teilweise kompensiert wird, so waren die CO₂-Emissionen 2010 praktisch gleich hoch wie 1990.
(NZZ 27.07.11; BaZ 27.07.11; BAFU-Medienmitteilung 26.07.11)

19.07. Strassenverkehrsunfälle: Weitere Abnahme der Getöteten und Schwerverletzten – Gemäss Bundesamt für Statistik (BFS) sind im Jahr 2010 bei Strassenverkehrsunfällen 327 Personen getötet (2009: 349), 4'458 Menschen schwer verletzt (2009: 4'708) und 19'779 leicht verletzt (2009: 20'422) worden. So wenige Verkehrsoffer wie 2010 hat es seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs (1945) nicht mehr gegeben. Eine konträre Entwicklung fand allerdings bei den Fussgängern statt. Im Gegensatz zu den Automobilisten und den Zweiradfahrern kamen 2010 deutlich mehr Fussgänger ums Leben, nämlich 75 (2009: 60).
(NZZ 20.07.11; BaZ 20.07.11; „Blick“ 20.07.11; BFS-Medienmitteilung 19.07.11)

18.07. Raserinitiative formell zustande gekommen – Gemäss der Schweizerischen Bundeskanzlei ist die am 15. Juni 2011 eingereichte Eidgenössische Volksinitiative „Schutz vor Rasern“ (Raserinitiative) mit 105'763 gültigen Unterschriften formell zustande gekommen.
(NZZ 19.07.11; BBl 2011 S. 6155)

- 13.07. **Bericht „Umwelt Schweiz 2011“ veröffentlicht** – Gemäss dem von den Bundesämtern für Umwelt (BAFU) und für Statistik (BFS) veröffentlichten Bericht „Umwelt Schweiz 2011“ hat sich die Umweltqualität in den vergangenen Jahrzehnten markant verbessert. Allerdings wurden die grössten Fortschritte noch vor der Jahrtausendwende erzielt. Seither hat sich die Situation insgesamt kaum verändert und kann bestenfalls als stabil bezeichnet werden. So werden zwar mittlerweile die Immissionsgrenzwerte der meisten Luftschadstoffe eingehalten, beim Kernthema Klimawandel hingegen wurden die Zielsetzungen klar verfehlt. Der mit dem Kyoto-Protokoll eingegangenen Reduktionsverpflichtung kann nur noch durch den Zukauf von ausländischen Emissionszertifikaten nachgekommen werden. Im Weiteren ist der Strassenverkehr laut Bericht, aufgrund des stetig wachsenden Verkehrsaufkommens, die mit Abstand grösste Lärmquelle. (NZZ 14.07.11; BaZ 14.07.11; BAFU/BFS-Medienmitteilung 13.07.11)
- 11.07. **Schweiz investiert am meisten in die Schiene** – Die Schweiz investiert von allen europäischen Ländern pro Kopf am meisten in den Schienenverkehr. Während die Schweiz bezogen auf die Einwohnerzahl mit 308 Euro nach wie vor den grössten Betrag für die Schiene ausgibt, sind es beim Schlusslicht Deutschland nur gerade 53 Euro. Österreich steht mit Bahninvestitionen von 230 Euro pro Kopf an zweiter Stelle. Sowohl in Österreich als auch in der Schweiz übersteigen die Investitionen in die Schiene jene in die Strasse. (NZZ 12.07.11)
- 07.07. **Klimarappen hat Ziele übertroffen** – Die Stiftung Klimarappen hat im Jahr 2010 die Ziele zur CO₂-Reduktion mehr als erfüllt. Insgesamt hatte die Stiftung im In- und Ausland Emissionsverminderungen von total 14,5 Millionen Tonnen unter Vertrag; verpflichtet hatte sie sich zur Reduktion von 12 Millionen Tonnen CO₂ (Kohlendioxid). Die Stiftung bietet nun an, ihren Beitrag zur Erreichung des Schweizer Kyoto-Ziels auf 16 Millionen Tonnen CO₂ zu erhöhen. Damit würde sie rund drei Viertel des Schweizer CO₂-Reduktionsbedarfs von 21 Millionen Tonnen über die Jahre 2008 bis 2012 hinweg abdecken. (NZZ 08.07.11; Medienmitteilung Stiftung Klimarappen 30.06.11)
- 06.07. **Frankenstärke: Erste Ergebnisse zur Weitergabe von Einkaufsvorteilen** – Gemäss dem Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) werden Einkaufsvorteile bei Mineralölprodukten aufgrund rein statistischer Betrachtungen weitaus am besten weitergegeben. Eindeutig ein von der Kostenentwicklung im Herstellungsland und der Wechselkursentwicklung abgekoppeltes „pricing to the market“ finde sich bei Fahrzeugen. Diesbezüglich sei die Kaufkraftentwicklung im Exportland für den verlangten Preis massgebend. (SECO-Medienmitteilung 06.07.11)
- 30.06. **Bundesrat startet Umsetzung von ZEB** – Der Bundesrat hat die erste Vereinbarung zwischen dem Bund und den Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) gutgeheissen, mit der das Projekt „Zukünftige Entwicklung der Bahninfrastruktur“ (ZEB) umgesetzt wird. Das genehmigte Paket umfasst primär Projekte, die im Zusammenhang mit den Neuen Eisenbahn-Alpentransversalen (NEAT) sowie der Durchmesserlinie (DML) Zürich realisiert werden. Die entsprechenden Kosten betragen 440 Millionen Franken. ZEB ist das Nachfolgeprojekt von Bahn 2000 und soll bis 2025 verwirklicht werden. Der Bundesrat plant derzeit, ZEB durch einen ersten Ausbauschnitt im Rahmen des so

genannt Strategischen Entwicklungsprogramms Bahninfrastruktur (STEP; vormals Bahn 2030) zu ergänzen. Dieser Ausbauschritt beinhaltet Projekte im Umfang von 3,5 Milliarden Franken.

(BAV-Medienmitteilung 30.06.11)

30.06. Bundesrat vereinfacht Abgabe der Fahrtschreiberkarten – Mittels einer Revision der Fahrtschreiberkartenregisterverordnung (FKRV) sorgt der Bundesrat dafür, dass Transportunternehmen und Chauffeure die Fahrtschreiberkarten künftig einfacher und günstiger erhalten. Neu werden die Karten zentral vom Bundesamt für Strassen (ASTRA) herausgegeben; sie sind zudem online bestellbar. Diese Neuerungen führen insbesondere dazu, dass die Karten kostengünstiger werden. Die revidierte FKRV tritt per 1. Oktober 2011 in Kraft.

(ASTRA-Medienmitteilung 30.06.11; AS 2011 S. 3911)

28.06. Energieverbrauch so hoch wie noch nie – Der Gesamtenergieverbrauch der Schweiz ist im Jahr 2010 gegenüber 2009 um 4,4 Prozent auf den neuen Rekordwert von 911'550 Terajoule gestiegen. Wesentliche Gründe dafür waren die deutlich kältere Witterung, die positive Wirtschaftsentwicklung sowie das anhaltende Bevölkerungswachstum. Der Verbrauch von Treibstoffen hingegen legte mit 0,6 Prozent insgesamt nur wenig zu. Der Absatz von Dieselöl stieg an (plus 3,9%), während jener von Benzin zurückging (minus 3,6%). Dies, obwohl der Fahrzeugbestand um 1,6 Prozent zunahm. Der Trend zur Substitution von Benzin durch Dieselöl setzte sich damit fort. Ebenso waren auch Effizienzgewinne spürbar. So betrug der durchschnittliche Treibstoffnormverbrauch der neu in Verkehr gesetzten Fahrzeuge 2010 rund 6,6 Liter pro hundert Kilometer, 3,5 Prozent weniger als 2009. Nach einer starken Abnahme im Jahr 2009 erhöhte sich der Verbrauch von Biotreibstoffen 2010 wieder um 20 Prozent.

(NZZ 29.06.11; BaZ 29.06.11; BFE-Medienmitteilung 28.06.11)

23.06. Rückzug der Offroader-Initiative – Die Jungen Grünen haben sich zum Rückzug der Offroader-Initiative durchgerungen. Das Initiativkomitee macht dabei von einer 2010 eingeführten Möglichkeit Gebrauch und zieht sein Begehren „bedingt“ zurück. Der Rückzug gilt somit erst dann definitiv, wenn der indirekte Gegenvorschlag in Kraft treten kann. Das kein Referendum in Sicht ist, sollte dies auf Anfang 2012 der Fall sein.

(NZZ 24.06.11; BBl 2011 S. 5517)

23.06. Industrieländer zapfen Erdölreserven an – In einer koordinierten Aktion haben grosse Industrieländer, allen voran die Vereinigten Staaten von Amerika (USA), einen Teil ihrer Erdölreserven im Umfang von weniger als einer „Tagesration“ des globalen Konsums auf den Markt gebracht. Damit soll der Ausfall von Lieferungen aus Libyen kompensiert werden. Die Aktion, an der sich zwölf Länder beteiligten, wurde im Schoss der Internationalen Energieagentur (IEA) in Paris vorbereitet. Die Schweiz, die ebenfalls IEA-Mitglied ist, hat nicht daran teilgenommen. Mit dem unerwarteten Vorgehen sind gemäss einem Kommentator zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen worden: Erstens zeige die IEA dem Opec-Kartell, dass sie das Heft selbst in die Hand nehmen kann, und zweitens erhielten die USA als wichtigstes IEA-Mitglied einen weiteren Hebel zur Stützung ihrer Konjunktur.

(NZZ 24.06.11)

- 23.06. **ASTRA bewilligt Erleichterungen für Elektrofahrzeuge** – Das Bundesamt für Strassen (ASTRA) führt Erleichterungen für mehrspurige Fahrzeuge, die entweder über einen speziellen elektrischen Antrieb (z.B. Stehroller wie „Segway“) oder eine elektrische Tretunterstützung (z.B. dreirädrige Rikscha-Velotaxis) verfügen, ein. Diese Fahrzeuge ähneln aufgrund ihrer Geschwindigkeit und ihres Einsatzzwecks den Motorfahrrädern (Mofas); aufgrund ihrer Motorisierung und/oder ihres relativ hohen Gesamtgewichts sind sie allerdings den Motorrädern zuzurechnen. Die nun bewilligten Erleichterungen betreffen sowohl die Fahrzeugtechnik sowie die Anforderungen an die Fahrerinnen und Fahrer als auch die Verkehrsregeln. Dies vereinfacht die Zulassung und den Einsatz der entsprechenden Fahrzeuge bei gleichzeitiger Gewährleistung der Verkehrssicherheit. (ASTRA-Medienmitteilung 23.06.11)
- 22.06. **Autobahnanschluss Buchrain und Zubringer Rontal eröffnet** – Im Kanton Luzern sind der neue Autobahnvollanschluss Buchrain sowie der Zubringer Rontal dem Betrieb übergeben worden. Damit wird der Wirtschafts- und Lebensraum Rontal, der über ein grosses Entwicklungspotenzial verfügt, ans Autobahnnetz angeschlossen und gleichzeitig das an den parallel verlaufenden Kantonsstrassen gelegene Siedlungsgebiet vom Durchgangsverkehr entlastet. (Medienmitteilung Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement Kt. Luzern 22.06.11)
- 21.06. **Bedingter Rückzug der Städte-Initiative in Winterthur** – Die Winterthurer Städte-Initiative ist zugunsten des gemeinderätlichen Gegenvorschlags bedingt zurückgezogen worden. Begründet wurde dieser Entscheid damit, dass die Forderungen der Initiative in der Vorlage des Gemeinderats weitgehend Aufnahme gefunden hätten. Das kommunale Volksbegehren verlangt, dass der Anteil des öffentlichen Verkehrs sowie des Fuss- und Veloverkehrs in der Stadt um acht Prozentpunkte gesteigert wird. (NZZ 22.06.11)
- 17.06. **Bundesversammlung lehnt Offroader-Initiative klar ab** – Mit 124 zu 62 Stimmen (Nationalrat) und 32 zu acht Stimmen (Ständerat) hat die Bundesversammlung den Bundesbeschluss über die Offroader-Initiative, die Volk und Ständen zur Ablehnung empfohlen wird, in der Schlussabstimmung deutlich angenommen. (NZZ 18.06.11; BBl 2011 S. 4827)
- 16.06. **Ständerat streicht Freiwilligkeit aus Energiegesetz** – Der Ständerat hat eine vom Bundesrat vorgeschlagene Änderung des Energiegesetzes einstimmig befürwortet. Demnach kann die Landesregierung direkt Verbrauchsvorschriften für eine bessere Energieeffizienz von Anlagen, Fahrzeugen und Geräten erlassen. Bislang war der Bundesrat verpflichtet, vor dem Erlass von Vorschriften freiwillige Vereinbarungen mit den verantwortlichen Unternehmen und Branchen anzustreben. (NZZ 17.06.11)
- 16.06. **Ständerat strafft „Via-sicura“-Programm** – Als Erstrat hat die Kleine Kammer das Verkehrssicherheitsprogramm „Via sicura“ in der Gesamtabstimmung einhellig gutgeheissen. Nichts wissen wollte der Ständerat dabei vom bundesrätlichen Vorschlag, die Führerausweise künftig zu befristen und für Lenkende ab 50 Jahren Sehtests zu verlangen. Auch das Ansinnen, Personen über 70 Jahren das Steuern eines Kleinbusses zu untersagen, hatte im „Stöckli“ keine Chance. Hingegen sollen Kinder unter 14 Jahren in Zukunft nur noch mit Helm Velo fahren dürfen. Die Vorlage geht nun zur weiteren

Beratung an den Nationalrat.
(NZZ 17.06.11)

- 15.06. **Raserinitiative eingereicht** – Gut vier Monate vor Ablauf der Sammelfrist hat Strassenopferorganisation Roadcross ihre Eidgenössische Volksinitiative „Schutz vor Rasern“ (Raserinitiative) mit 106'000 gültigen Unterschriften eingereicht. In einer Medienverlautbarung hat es **strasseschweiz** als nicht zielführend erachtet, auf Verfassungsstufe einen detaillierten Massnahmenkatalog zur Bekämpfung von Rasern bzw. Geschwindigkeitsexzessen zu verankern. Handlungsbedarf bestehe aber durchaus auf Gesetzesstufe. Diesbezüglich sollen im Rahmen des Verkehrssicherheitsprogramms „Via sicura“, das gegenwärtig im Ständerat behandelt wird, schärfere Regelungen gegen Raser eingeführt werden. Das Volksbegehren renne somit offene Türen ein und sei deshalb abzulehnen.
(NZZ 16.06.11; Medienmitteilung **strasseschweiz** 15.06.11)
- 14.06. **strasseschweiz warnt mit Blick auf die Verkehrsfinanzierung vor Schlaglöchern** – **strasseschweiz** – Verband des Strassenverkehrs FRS hat anlässlich seiner 66. ordentlichen Mitgliederversammlung mit Blick auf die künftige Finanzierung der Verkehrsinfrastrukturen Schlaglöcher geortet. Ein erstes Schlagloch stelle der direkte Gegenvorschlag (FABI) zur VCS-Initiative „Für den öffentlichen Verkehr“ dar. Dieser koste die Strasse langfristig praktisch gleich viel wie die Initiative selber. Ein zweites Schlagloch halte die Klimapolitik bereit, und zwar nicht zuletzt in Form einer möglichen CO₂-Abgabe von rund 30 Rappen pro Liter Treibstoff.
(Info **strasseschweiz** 14.06.11)
- 10.06. **Bundesrat will Kyoto-Ziellücke mit Emissionszertifikaten schliessen** – Die Schweiz wir ihr international verbindliches Ziel zur Verminderung des CO₂-Ausstosses im Zeitraum 2008 bis 2012 voraussichtlich um 0,8 Tonnen CO₂ (Kohlendioxid) pro Jahr oder um vier Millionen Tonnen CO₂ in der gesamten Verpflichtungsperiode verfehlen. Damit die Schweiz ihre Verpflichtungen aus dem Kyoto-Protokoll trotzdem erfüllen kann, sollen zusätzliche Emissionszertifikate erworben werden. Der Bundesrat hat nun das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) beauftragt, mit der Stiftung Klimarappen zu diesem Zweck Verhandlungen aufzunehmen.
(NZZ 10.06.11; BAFU-Medienmitteilung 10.06.11)
- 10.06. **Bundesrat verabschiedet verschärfte Energieetikette für Personenwagen** – Der Bundesrat hat die Einführung einer geänderten Energieetikette beschlossen. Neu wird unter anderem der relative Anteil (Quotient aus Treibstoffverbrauch und Leergewicht) von 40 auf 30 Prozent und der absolute Anteil (Treibstoffverbrauch) von 60 auf 70 Prozent erhöht. Zudem wird die Energieetikette nicht mehr alle zwei Jahre, sondern jährlich dem neuesten Stand der Technik angepasst, will heissen verschärft. Somit haben sich die Strassenverkehrsverbände vergeblich gegen diese beiden strengeren Regelungen gewehrt. Neu deckt die Energieetikette auch alternative Antriebsformen wie z.B. Elektrofahrzeuge ab. Die entsprechend revidierte Energieverordnung tritt am 1. August 2011 in Kraft, gilt nach einer Übergangsfrist aber erst ab 1. Januar 2012.
(BFE-Medienmitteilung 10.06.11; AS 2011 S. 3477-3502)

- 10.06. Anpassung der LSVA an die Teuerung** – Die leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA) wird ab dem 1. Januar 2012 der Teuerungsrate von durchschnittlich rund ein Prozent angepasst. Gleichzeitig erhalten Fahrzeuge der Schadstoffklassen Euro 2 und 3, die über Partikelfilter verfügen, eine Ermässigung von zehn Prozent auf der LSVA. Dies hat der Gemischte Landverkehrsausschuss Schweiz–EU beschlossen. Der Schweizerische Nutzfahrzeugverband (ASTAG) hat diese Beschlüsse in einer Medienverlautbarung als unverständlichen Schritt (Teuerungsanpassung) bzw. als viel zu späten Schritt (Ermässigung für Partikelfilter) taxiert.
(BAV-Medienmitteilung 10.06.11; ASTAG-Medienmitteilung 10.06.11; AS 2011 S. 4563)
- 08.06. Neues günstiges Sicherungssystem für Bahnübergänge in Betrieb** – Bereits seit Ende April ist in Schwarzenburg (BE) ein neues günstiges Sicherungssystem namens „Micro“ an einem Bahnübergang der Bern–Lötschberg–Simplon-Bahn (BLS) in Betrieb. Rund 20 weitere solche Anlagen sollen folgen. „Micro“ eignet sich für Bahnübergänge, bei denen die Züge sichtbar und nicht allzu schnell durchfahren. Grundsätzlich darf nicht mehr als ein Gleis vorhanden sein. Auch auf der Strasse soll es nicht zuviel Verkehr geben – durchschnittlich zwei Fahrzeuge oder Personen pro Stunde. Bei höheren Frequenzen wird ein anderes System eingesetzt. Das Bundesamt für Verkehr (BAV) hat heute die Typenzulassung erteilt. Um einen Bahnübergang mit „Micro“ auszurüsten, sind Kosten von rund 100'000 Franken veranschlagt. Die BLS stehen wie alle anderen Bahnbetreiber in der Pflicht, bis Ende 2014 alle ihre ungesicherten Bahnübergänge zu sanieren.
(BZ 09.06.11)
- 07.06. EU-Parlament verabschiedet verursachergerechtere Eurovignette** – Das Parlament der Europäischen Union (EU) hat eine Revision der Eurovignetten-Richtlinie verabschiedet. Dabei bleibt es aber nach wie vor den EU-Mitgliedstaaten überlassen, ob sie überhaupt entsprechende Gebühren erheben wollen oder nicht. Die zentrale Änderung gegenüber den geltenden Leitplanken für nationale Maut-Systeme betreffend den Schwerverkehr betrifft die Stärkung des Verursacherprinzips. Künftig dürfen Mitgliedstaaten dem Schwerverkehr nebst Infrastrukturkosten innerhalb bestimmter Limiten auch externe Kosten im Zusammenhang mit Luftverschmutzung und Lärm belasten. Zudem können die Abgaben im Tagesverlauf stärker differenziert werden. Die Spitzentarife dürfen während bis zu fünf Stunden pro Tag bis zu 175 Prozent über dem Durchschnittstarif liegen. Ziel ist es, den Verkehr in „stauärmere“ Zeiten zu lenken. In den Geltungsbereich der Eurovignetten-Richtlinie werden neu alle Autobahnen einbezogen. Auch mit der nun beschlossenen Ausweitung bleibt die EU unter den in der Schweiz mit der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) geschaffenen Verhältnissen.
(NZZ 08.06.11)
- 07.06. Gesamt-Umweltbelastung durch Konsum und Produktion der Schweiz** – Eine neue Studie des Bundesamts für Umwelt (BAFU) versucht erstmals, die gesamte Umweltbelastung, die durch den Konsum und die Produktion der Schweiz entsteht, zu ermitteln. Dabei wirkt sich insbesondere der Konsum im Ausland stark auf die Umwelt aus: Weil nämlich viele Güter importiert werden, fallen rund 60 Prozent der von der Schweizer Bevölkerung verursachten Umweltbelastungen ausserhalb der Landesgrenzen an. Die Studie gelangt weiter zum Ergebnis, dass die ökologisch relevantesten Konsumbereiche Ernährung (28%), Wohnen (28%) und Mobilität (12%) sind. Allerdings verursacht lediglich die Mobilität mehr Umweltbelastungen in der Schweiz als im

Ausland. In der Studie wurde zum ersten Mal auch eine Datengrundlage erarbeitet, um die gesamten Umweltbelastungen von Konsum und Produktion mit so genannten Umweltbelastungspunkten (UBP) gemäss der Methode der ökologischen Knappheit (MöK) zu bewerten. Nicht zuletzt soll die Studie einen Beitrag an die Entwicklung hin zu einer „grüneren Wirtschaft“ leisten. Beabsichtigt wird, dass Umweltinformationen in absehbarer Zukunft das Bruttoinlandprodukt (BIP) ergänzen.

(NZZ 08.06.11; BAFU-Medienmitteilung 07.06.11)

02.06. Ständerat lehnt Offroader-Initiative klar ab – Mit 23 zu acht Stimmen hat der Ständerat die Offroader-Initiative der jungen Grünen Volk und Ständen klar zur Ablehnung empfohlen. Die Urheber der Initiative zögern derzeit noch mit dem Rückzug ihres Volksbegehrens. Dies, obwohl die eidgenössischen Räte einen indirekten Gegenentwurf in Form einer Teilrevision des CO₂-Gesetzes gutgeheissen haben.

(NZZ 03.06.11)

30.05. Nationalrat will Rundstreckenrennen in der Schweiz wieder zulassen – Das Tauziehen, ob in der Schweiz Rundstreckenrennen wieder zugelassen werden sollen, geht in die nächste Runde. Der Nationalrat hat mit 95 zu 69 Stimmen drei entsprechende Parlamentarische Initiativen genehmigt. Nun muss der Ständerat entscheiden; er hat alle zum gleichen Anliegen bisher lancierten Vorstösse verworfen.

(NZZ 31.05.11)

27.05. AGK geht auf A9 in Betrieb – Am 30. Mai 2011 nimmt auf der Nationalstrasse A9 zwischen Aigle und Bex (VD) in Fahrtrichtung Wallis die neue Abschnittsgeschwindigkeitskontrollanlage (AGK) ihren Betrieb auf. Die AGK misst die Geschwindigkeit der Autos nicht mehr an einem Punkt, sondern auf einem ganzen Abschnitt. In den ersten vier Wochen haben Übertretungen noch keine Bussen zur Folge. Die erste AGK war im September 2010 auf der A2 im Arisdorftunnel installiert worden. Beide Anlagen sind Teil eines Feldversuchs; im kommenden Herbst sollen die Erkenntnisse aus den Tests ausgewertet werden.

(NZZ 28.05.11; ASTRA-Medienmitteilung 27.05.11)

26.05. Energiepolitischer Bericht des Bundesrats zum AKW-Ausstieg – Der energiepolitische Bericht des Bundesrats zum AKW-Ausstieg erfordert eine völlig neue Art der Energiepolitik sowie Verhaltensänderungen. Letztere sollen hervorgerufen werden durch das Szenario „neue Energiepolitik“, und zwar mittels Lenkungsabgaben auf erneuerbare Energien. Der Benzinpreis würde laut vorgenanntem Bericht im Jahr 2035 beispielsweise von Fr. 2.70 auf vier Franken pro Liter erhöht, womit Auswirkungen auf das Mobilitätsverhalten und damit auch auf die räumliche Entwicklung erzielt werden sollen. In den neuen Energieperspektiven des Bundesrats kommt der Effekt, den der Ausstieg aus der Atomenergie auf die Entwicklung der CO₂-Emissionen hat, deutlich zum Ausdruck. Da der Strom vermehrt aus fossilen Energieträgern produziert werden müsste, entstünden im Jahr 2050 je nach Zusammensetzung des Kraftwerkparks zusätzlich gut eine Million bis fast zwölf Millionen Kohlendioxid (CO₂). Soll das klimapolitische Ziel einer massiven Emissionsreduktion bis 2050 erreicht werden, wäre dieser Zuwachs überzukompensieren. Laut Bundesrat ist dies mit Hilfe einer Lenkungsabgabe möglich, die fossile Energieträger zunehmend unattraktiv macht. Zudem bräuchte es eine Elektrifizierung des Verkehrs sowie einen hohen Einsatz an Biotreibstoffen. So sollten die

CO₂-Emissionen bis 2050 verglichen mit dem Jahr 2020 um rund 70 Prozent sinken.
(NZZ 27.05.11)

- 18.05. Neue internationale Studie zu Parkhausgebühren in grösseren Städten** – Gemäss einer neuen internationalen Studie des deutschen Hotelbuchungs- und Reiseportals zählen unter 112 untersuchten Städten die Tarife in den Genfer, Luganeser, Zürcher und Berner Parkhäusern sowohl europa- als auch weltweit zu den höchsten. In etlichen Städten sollen die Preise in den vergangenen zehn Jahren um mehr als hundert Prozent angestiegen sein. Mit Blick auf die unter die Lupe genommenen Schweizer Städte sind die Parkhausgebühren mit einem Durchschnittstarif für ein Tagesticket von fast 43 Euro in Genf am teuersten. Damit belegt die Calvinstadt in der Rangliste den fünften Platz. Lugano (gut 33 Euro) findet sich auf dem achten, Zürich (32 Euro) auf dem neunten und Bern (rund 26 Euro) auf dem 15. Rang wieder. Am meisten bezahlt man mit durchschnittlich gut 76 Euro in Madrid, gefolgt von Graz (62 Euro), London (gut 45 Euro) und Prag (rund 43 Euro). Der internationale Durchschnittspreis beträgt etwas mehr als 14 Euro.
(NZZ 19.05.11; BaZ 21.05.11)
- 15.05. Städte-Initiative in Genf knapp angenommen** – Die Stimmberechtigten des Kantons Genf haben die vom Verein Umverkehr lancierte Städte-Initiative (l'initiative pour la mobilité douce) mit einem Ja-Stimmenanteil von 50,3 Prozent knapp gutgeheissen. Innerhalb von acht Jahren muss nun ein Netz von Fahrradstreifen und Fussgängerwegen eingerichtet werden.
(Umverkehr-Medienmitteilung 15.05.11)
- 15.05. Uerner sagen erneut Nein zu einem zweiten Gotthard-Strassentunnel** – Die Uerner Stimmberechtigten wollen keine zweite Strassenröhre am Gotthard. Deutlich haben sie zwei Vorlagen abgelehnt, die den Bau eines zweiten Tunnels verlangten.
(NZZ 16.05.11; BaZ 16.05.11)
- 06.05. BAV schickt neues Trassenpreissystem in Anhörung** – Das Bundesamt für Verkehr (BAV) hat einen Vorschlag betreffend die Neugestaltung des Trassenpreissystems in die Anhörung geschickt. Mit diesem neuen System will das BAV erreichen, dass die Benutzer der Bahninfrastruktur wie gesetzlich vorgeschrieben die Kosten, die sie verursachen, vollumfänglich decken. Insbesondere geplant ist, die Trassenpreise nach Tageszeiten zu differenzieren. Die Anpassung der Trassenpreise steht in engem Zusammenhang mit der Vorlage zur Finanzierung und zum Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI). Zwar erfolgt besagte Anpassung rechtlich unabhängig über eine Teilrevision der Netzzugangsverordnung, inhaltlich ist sie allerdings Bestandteil der FABI-Vorlage und daher mit dieser koordiniert.
(BAV-Medienmitteilung 06.05.11)
- 03.05. Bahn und Bus werden teurer** – Die Schweizer Bahn- und Busbetriebe erhöhen die Tarife mit dem Fahrplanwechsel im Dezember 2011 um durchschnittlich 1,5 Prozent. Überproportional steigen die Preise für Einzelbillette, Tageskarten und Generalabonnement in der 1. Klasse sowie der Preis für die Gleis-7-Karte für Junge. Die Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) wollen damit die steigenden Betriebskosten vorab in jenen Segmenten besser decken, wo die Unterdeckung besonders hoch ausfällt. Mit Blick auf das Verursacherprinzip scheint dies gerechtfertigt. Zu den Tarif-

erhöhungen für den Betrieb könnten in den kommenden Jahren weitere Aufschläge um insgesamt zehn Prozent hinzukommen. Mit diesen möchte der Bundesrat einen Beitrag an den Ausbau des Schienennetzes erwirken.

(NZZ 04.05.11; BaZ 04.05.11; „Bund“ 04.05.11; 20Minuten 04.05.11)

28.04. Durchschnittlicher Spritverbrauch von Neuwagen erneut gesunken – 6,62 Liter (l) pro 100 Kilometer (km) hat der spezifische Treibstoffnormverbrauch der im Jahr 2010 neu in Verkehr gesetzten Personenwagen (PW) im Durchschnitt betragen. Gegenüber 2009 (6,86 l/100 km) entsprach dies einer deutlichen Abnahme um 3,5 Prozent. Die mittleren CO₂-Emissionen der Neuwagen sind um rund 3,6 Prozent gesunken und lagen 2010 bei 161 Gramm (g) CO₂ pro km (2009: 167 g/km). Hingegen wieder leicht angestiegen ist das durchschnittliche Leergewicht der neuen PW: Es betrug 2010 1'456 Kilogramm, was gegenüber 2009 einen Zuwachs um acht Kilogramm oder 0,5 Prozent bedeutete. Zurück ging dafür der mittlere Hubraum der Neuwagen im Jahr 2010 und lag bei noch 1'800 Kubikzentimeter (cm³). Dies waren 36 cm³ weniger als 2009. Nachdem 2009 erstmals seit 1996 der Anteil neuer Autos mit Dieselmotor gesunken war, nahm er 2010 wieder zu und belief sich auf 30,3 Prozent (2009: 29,3 Prozent). Die neu in Verkehr gebrachten Diesel-PW verbrauchten im Durchschnitt 6,21 l/100 km; das sind rund 0,6 l oder fast neun Prozent weniger als der mittlere Verbrauch der neuen PW mit Benzinmotor.

(BFE-Medienmitteilung 28.04.11; Medienmitteilung und 15. Berichterstattung von auto-schweiz 28.04.11)

26.04. Neue Wirtschaftlichkeitsstudie zur NEAT – Gemäss einer neuen durch das Bundesamt für Verkehr (BAV) bei Ecoplan und Infras in Auftrag gegebenen Studie hat sich die Wirtschaftlichkeit der Neuen Eisenbahn-Alpentransversalen (NEAT) weiter verschlechtert. Die Betriebserlöse am Lötschberg und am Gotthard können voraussichtlich gar nichts mehr zur Amortisation der Investitionen beitragen. Lediglich die Betriebs- und Unterhaltskosten würden anfänglich gedeckt. Mit zunehmendem Alter der NEAT-Anlagen und entsprechend steigenden Unterhalts- und Erneuerungskosten werde die Rechnung allerdings kippen und langfristig ein Defizit von rund 200 Millionen Franken pro Jahr resultieren. Der damalige Vorsteher des Verkehrsdepartements, Bundesrat Adolf Ogi, hatte, als er 1992 die erste NEAT-Vorlage erfolgreich durch die Volksabstimmung brachte, noch mit der Erwartung eines rentablen Bahnbetriebs geworben. Die Gründe für die weitere Verschlechterung der Wirtschaftlichkeit der NEAT liegen primär darin, dass die Investitionen um die Hälfte höher ausfallen als 1997 angenommen und dass gleichzeitig die Betriebs- und Unterhaltskosten bisher massiv unterschätzt wurden. Auch volkswirtschaftlich rechnet sich die NEAT nicht: Da knapp die Hälfte des Nutzens im Ausland anfällt, kostet die NEAT die Schweiz jährlich gut 200 Millionen Franken.

(NZZ 27.04.11; BaZ 27.04.11; BAV-Medienmitteilung 26.04.11)

19.04. Eisenbahnrechnung 2009 – Gemäss den definitiven Resultaten für das Jahr 2009 der vom Bundesamt für Statistik (BFS) publizierten Schweizerischen Eisenbahnrechnung weisen die Eisenbahnen einen Kostendeckungsgrad von 104,5 Prozent aus. Das sind gut 1,5 Prozent weniger als im Jahr 2008. Werden die Abgeltungen von Bund, Kantonen und Gemeinden für die ungedeckten Kosten des Verkehrsangebots sowie die Leistungen an die Infrastruktur ausgeklammert, beträgt der Kostendeckungsgrad noch gegen 72 Prozent oder drei Prozent weniger als 2008. Der Eigenwirtschaftlichkeitsgrad von

knapp 41 Prozent (über 2,5 Prozent weniger als 2008) macht deutlich, dass die Eisenbahnen die Volkswirtschaft sehr viel kosten.
(NZZ 20.04.11; BFS Aktuell 19.04.11)

18.04. 2009: Ungenügender Rückgang des Treibhausgasausstosses – Gemäss Bundesamt für Umwelt (BAFU) hat der Treibhausgasausstoss im Jahr 2009 51,85 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente betragen. Die Abnahme von 1,5 Millionen Tonnen gegenüber 2008 entsprach einem Rückgang von 2,6 Prozent. Zwar wurden im Jahr 2009 in der Schweiz weniger Treibhausgase ausgestossen als im Vorjahr, dennoch lag der Treibhausgasausstoss – unter Berücksichtigung der Senkenleistung des Waldes sowie des Kaufs von Emissionszertifikaten – noch 0,6 Millionen Tonnen über dem mit der Ratifizierung des Kyoto-Protokolls eingegangenen Ziel von 48,6 Millionen Tonnen. Gemäss BAFU-Schätzungen wird die Schweiz das besagte Klimaziel voraussichtlich nicht erreichen, da sie in Verpflichtungsperiode 2008-2012 eine durchschnittliche Ziellücke von 0,8 Millionen Tonnen pro Jahr aufweist. Der Ausstoss von Treibhausgasen aus dem Verkehrssektor ist zwischen 1990 und 2009 um 1,8 Millionen Tonnen oder 12 Prozent angestiegen. Der Verkehr zeichnet heute für ein Drittel der gesamten Treibhausgasemissionen verantwortlich.

(NZZ 19.04.11; BAFU-Medienmitteilung 18.04.11)

18.04. Im Jahr 2010 erhielt die Schiene 1,89 Milliarden Franken von der Strasse – Im Jahr 2010 haben die Strassenbenützer wiederum die Strasseninfrastruktur und im Umfang von 1,89 Milliarden Franken auch einen Grossteil der neuen Schieneninfrastruktur bezahlt. Die ausgewiesenen und die geschätzten Gesamteinnahmen des Bundes aus Strassen- und Autosteuern beliefen sich auf über neun Milliarden Franken.

(Medienmitteilung strasseschweiz 18.04.11)

12.04. Stickstoffausstoss hat abgenommen – Gemäss dem aktuellen Bericht „Stickstoffflüsse in der Schweiz“ des Bundesamts für Umwelt (BAFU) hat der Ausstoss umweltschädlicher Stickstoffverbindungen zwischen 1994 und 2005 abgenommen. Der Trend der vergangenen Jahre zeigt dabei, dass die stickstoffhaltigen Luftschadstoffe aus Verkehr, Industrie und Haushaltungen wirkungsvoll reduziert werden konnten. Hingegen ist es nicht im selben Mass gelungen, die Stickstoffproblematik in der Landwirtschaft zu entschärfen. Waren früher Verkehr und Industrie die grössten Stickstoffemittenten, so ist es heute die Landwirtschaft. Konkret konnte der Ausstoss von Stickstoffverbindungen aus Feuerungen und Verkehr um 38 Prozent verringert werden. Trotzdem sind in den Städten und entlang von Hauptverkehrsachsen die gemessenen Konzentrationen von Stickstoff in der Luft (Immissionen) noch immer zu hoch.

(BAFU-Medienmitteilung bzw. -Bericht 12.04.11)

31.03. Teurere Autobahnvignette für neue Nationalstrassen – Der Bundesrat will den Preis der Autobahnvignette von 40 auf hundert Franken erhöhen. Gleichzeitig soll neu eine Kurzzeitvignette mit zweimonatiger Gültigkeitsdauer für 40 Franken insbesondere für Touristen eingeführt werden. Geschehen soll dies aber erst, wenn die Reserven aus zweckgebundenen Einnahmen in der so genannten Strassenkasse unter die Schwelle von einer Milliarde Franken gesunken sind. Mit den Mehreinnahmen beabsichtigt der Bund, die Mehrkosten von rund 275 Millionen Franken pro Jahr zu bezahlen, die ihm im Rahmen der Anpassung des Netzbeschlusses durch die Übernahme von 400 Kilometer kantonaler Strassen ins Nationalstrassennetz entstehen. Erneut zur Diskussion

stellt der Bundesrat in der heute gestarteten Vernehmlassung betreffend die Änderung des Gesetzes über die Abgabe und Benützung von Nationalstrassen den Wechsel von der heutigen Klebe- hin zu einer elektronischen Vignette, mit der in Zukunft eine noch differenzierte Preisgestaltung ermöglicht werden soll. Zu einem späteren Zeitpunkt möchte der Bundesrat die finanziellen Mittel zur Sicherstellung des ordentlichen Bedarfs über eine Erhöhung des Mineralölsteuerzuschlags um sieben bis zehn Rappen pro Liter beschaffen. Gleichzeitig soll dazumal auch beschlossen werden, wie der übrige absehbare Bedarf infolge zusätzlicher neuer Aufgaben zu finanzieren ist. Einen erheblichen Einfluss übe in diesem Zusammenhang der Ausgang der Volksabstimmung über die VCS-Initiative „Für den öffentlichen Verkehr“ aus.

In ihren Medienverlautbarungen haben sich der Automobil Club der Schweiz (ACS) und der Touring Club Schweiz (TCS) gegen die Verteuerung der Autobahnvignette ausgesprochen und vorläufig jede Erhöhung von Strassenabgaben abgelehnt. (NZZ 01.04.11; BaZ 01.04.11; ASTRA-Medienmitteilung 31.03.11)

31.03. Bundesrat schickt FABI-Vorlage in Vernehmlassung – Der Bundesrat hat seine Vorschläge zur künftigen Finanzierung und den Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI) in die Vernehmlassung geschickt. Die Vorlage stellt einen direkten Gegenvorschlag zur VCS-Initiative „Für den öffentlichen Verkehr“ dar und besteht aus mehreren Elementen: dem künftigen Finanzierungsmodell, einer Langfristperspektive Bahn und dem strategischen Entwicklungsprogramm mit konkreten Massnahmen für den Ausbau der Bahninfrastruktur. Die Vernehmlassung dauert von April bis Juli 2011; die Botschaft des Bundesrats wird voraussichtlich im Februar 2012 vorliegen. Der Ausbau der Bahninfrastruktur soll künftig in Schritten vorgenommen werden. Grundlage der Ausbauschritte sind die Langfristperspektive für die Bahn sowie das Strategische Entwicklungsprogramm Bahninfrastruktur (STEP), das auf den Planungsarbeiten für Bahn 2030 basiert. Das Projekt Bahn 2030 wird inhaltlich durch STEP abgelöst. STEP umfasst Investitionen von rund 42,6 Milliarden Franken, die in zwei Dringlichkeitsstufen eingeteilt wurden. Die erste Dringlichkeitsstufe für rund 20 Milliarden Franken deckt einen Zeithorizont bis zirka 2040 ab. Der Bundesrat will zur Umsetzung von STEP dem eidgenössischen Parlament im Abstand von vier bis acht Jahren einzelne Ausbauschritte präsentieren, die jeweils Investitionen in der Grössenordnung von rund fünf Milliarden Franken umfassen. Damit könne auf Entwicklungen im öffentlichen Verkehr sowie

Projektfortschritte flexibel reagiert werden. STEP werde als Rollende Planung verstanden. Um die Finanzierung sicherzustellen wird ein neuer unbefristeter Bahninfrastrukturfonds (BIF) gebildet. Gespeist wird der BIF aus den bisherigen FinöV-Quellen (Anteile der LSVA, Mineralöl- und Mehrwertsteuer). Dazu kommen jene finanziellen Mittel, die der Bund bislang über Vierjahreskredite für den Unterhalt zur Verfügung stellte. Neu hinzu kommen Beiträge der Kantone und Bahnbenützer sowie ein Anteil der direkten Bundessteuer, der mittels Beschränkung des Abzugs für die Fahrkosten der Pendler hereingeholt werden soll.

In ihren Medienverlautbarungen haben sich der Automobil Club der Schweiz (ACS), der Touring Club Schweiz (TCS) sowie der Schweizerische Nutzfahrzeugverband (ASTAG) dagegen gewehrt, dass die bisherigen Beiträge des FinöV-Fonds aus der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) und aus der Mineralölsteuer (so genannter NEAT-Viertel) weiterhin in einen Bahnfonds fliessen sollen.

(NZZ 01.04.11; BaZ 01.04.11; SDA-Meldung 31.03.11; BAV-Medienmitteilung 31.03.11)

30.03. SBB-Zahlen des Jahres 2010 – Mehr Passagiere, ein positives Jahresergebnis und eine steigende Verschuldung: Auf diese Kurzformel lassen sich die von den Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) für das vergangene Jahr präsentierten Zahlen bringen. 2010 stieg die Passagierzahl um sechs Prozent, und die zurückgelegten Personenkilometer nahmen um fünf Prozent zu. Auch im Güterverkehr legten die SBB um rund 12 Prozent zu. Während sich die Mehrleistung im Personenverkehr auch in einem positiven finanziellen Ergebnis (rund 290 Mio. Franken) niederschlug, resultierte beim Güterverkehr (SBB Cargo) einmal mehr ein grösserer Verlust (64 Mio. Franken). Die Leistungen der öffentlichen Hand für Verkehr (Betrieb) und Infrastruktur beliefen sich im Jahr 2010 auf total rund 2,7 Milliarden Franken. Die von den SBB selber als besorgniserregend bezeichnete verzinsliche Verschuldung wuchs um gut zehn Prozent auf rund acht Milliarden Franken an. Die Nettoverschuldung betrug über 18 Milliarden Franken, und zwar bei einem Eigenkapital von fast zehn Milliarden Franken. In diesem Zusammenhang einigermaßen befremdend muten SBB-Aussagen an, wonach die Schweiz sowie mit ihr die SBB 2010 auf dem Weg zu einer nachhaltigen Mobilität vorangekommen seien und wonach die SBB als umweltfreundliches Mobilitätsunternehmen dafür Sorge, dass die externen Kosten des Verkehrs von heute 8,5 Milliarden Franken – die praktisch ausschliesslich dem privaten Strassenverkehr zugeschrieben werden – und die Staukosten des Strassenverkehrs von 1,2 Milliarden Franken pro Jahr nicht weiter steigen.
(NZZ 31.03.11; BaZ 31.03.11; „Bund“ 31.03.11; SBB-Medienmitteilung 30.03.11)

30.03. Neue ETH-Studie zur Bedeutung des öV auf der Strasse – Eine neue Studie der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) Zürich bestätigt, dass die Strasse auch für den öffentlichen Verkehr (öV) einen wichtigen Verkehrsträger darstellt. So werden auf dem Netz des öffentlichen Strassenverkehrs jedes Jahr 1,3 Milliarden Personen oder rund drei Viertel aller öV-Passagiere transportiert. Laut Studie haben Tram und Trolleybus etwa zehnmal, der Autobus etwa dreimal mehr Fahrgäste je Streckenkilometer als der gesamte öV im Durchschnitt. Vom miserablen Eigenwirtschaftlichkeitsgrad des strassengebundenen öV ist in der Studie keine Rede.
(Medienmitteilung SMI, vbl, Litra und FV Infra)

29.03. Bevölkerungswachstum in allen Kantonen in den nächsten 25 Jahren – Gemäss einem neuen mittleren Szenario des Bundesamts für Statistik (BFS) zur Bevölkerungsentwicklung in der Schweiz werden alle Kanton zwischen 2010 und 2035 ein Bevölkerungswachstum zwischen rund zwei und fast 24 Prozent verzeichnen. Im schweizerischen Durchschnitt wird die ständige Wohnbevölkerung um 12,5 Prozent zunehmen, und zwar von heute rund 7,9 auf gut 8,8 Millionen Personen. Dieses Wachstum ist hauptsächlich auf Einwanderungsüberschüsse zurückzuführen. Besonders hohe Zunahmen sind im Einzugsgebiet der Metropole Zürich sowie im Genferseeraum zu erwarten.
(NZZ 30.03.11; „Bund“ 30.03.11; BaZ 31.03.11; BFS-Medienmitteilung 29.03.11)

28.03. Neues Strategiepapier der EU zur Verkehrspolitik – Die Kommission der Europäischen Union (EU) hat eine verkehrspolitische Langzeitstrategie (so genanntes Weissbuch) vorgelegt, die den Spagat zwischen Klimaschutz, wirtschaftlichem Wachstum und Mobilität wagt. Zum einen strebt die EU-Kommission ein wettbewerbsfähiges, effizientes Verkehrssystem an, das die Mobilität erhöht; zum andern sollen die Erdölabhängigkeit verringert und die verkehrsbedingten CO₂-Emissionen verglichen mit dem Stand von

1990 bis 2050 um 60 Prozent (gegenüber 2008 um rund 20 Prozent bis 2030 bzw. um 70 Prozent bis 2050) reduziert werden. Ferner sollen bis 2030 30 Prozent und bis 2050 mehr als die Hälfte des Strassengüterverkehrs über mittlere Distanzen (300 Kilometer und mehr) auf Bahn und Schiff verlagert werden. Neu ist, dass die EU-Kommission Konzepte wie z.B. die Schweizer Idee einer (Alpen-)Transitbörse nicht mehr in Erwägung zieht. Auch die Personenbeförderung auf mittleren Strecken soll bis 2050 mehrheitlich per Bahn erfolgen. Der Individualverkehr beschränke sich vorzugsweise auf die letzten Kilometer. Längerfristig schwebt der EU-Kommission über Etappen die obligatorische Internalisierung externer Kosten insbesondere im Strassen- und Schienenverkehr vor. Das neue Weissbuch hält nicht zuletzt auch fest, dass die Ein- oder Beschränkung der Mobilität keine Option sei. EU-Verkehrskommissar Siim Kallas meinte dazu: Die weit verbreitete Annahme, dass im Kampf gegen den Klimawandel die Mobilität eingeschränkt werden müsse, sei falsch. Wettbewerbsfähige Verkehrssysteme seien entscheidend für Europas weltweite Konkurrenzfähigkeit, für Wirtschaftswachstum und die tägliche Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger.
(NZZ 29.03.11; „Bund“ 29.03.11)

- 23.03. **Gotthard-Basistunnel fertig ausgebrochen** – Der Gotthard-Basistunnel der Neuen Eisenbahn-Alpentransversalen (NEAT) nach acht Jahren fertig ausgebrochen. Nach dem bereits erfolgten Durchschlag in der Oströhre hat nun auch der Hauptdurchschlag in der Weströhre stattgefunden. Mit anderen Worten: Beide Einspurtunnel des Gotthard-Basistunnels sind jetzt auf einer Länge von 57 Kilometer vollständig durchörtert; das insgesamt 152 Kilometer umfassende System Gotthard-Basistunnel – inklusive aller Tunnel, Stollen und Schächte – ist zu hundert Prozent fertig gestellt. Welche Fortsetzung die Flachbahn durch den Gotthard und den Ceneri in Richtung Süden nehmen soll, bleibt weiterhin unklar. Auf absehbare Zeit hinaus dürften die vier Gleise der neuen Basislinien sowie der alten Strecken auf beiden Seiten der Berge in zwei Gleise münden.
(NZZ 24.03.11; BaZ 24.03.11)
- 18.03. **Schlussabstimmungen in den eidgenössischen Räten** – Der Nationalrat hat mit 122 zu 62 Stimmen und der Ständerat mit 43 zu null Stimmen eine Revision des CO₂-Gesetzes als indirekten Gegenvorschlag zur Offroader-Initiative angenommen. Eine Änderung des Bundesgesetzes über die Schweizerischen Bundesbahnen (SBB), welche die Grundlage dafür schafft, dass der Bund der SBB-Pensionskasse einen Sanierungsbeitrag von rund 1,15 Milliarden Franken leisten kann, hat der Nationalrat mit 137 zu 46 und der Ständerat mit 42 zu null Stimmen gutgeheissen. Das Bundesgesetz über die Verwendung der Mineralölsteuer, das die Verbrauchssteuer auf Flugtreibstoffen neu für den Luftverkehr reserviert, ist im Nationalrat mit 184 zu null und im Ständerat mit 43 zu null Stimmen genehmigt worden.
(NZZ 19.03.11; BBl 2011 S. 2741-2742, S. 2755-2760 und S. 5483-5486; AS 2012 S. 351-354)
- 15.03. **Gegenvorschlag zur Offroader-Initiative: Reif für Schlussabstimmung** – Der indirekte Gegenvorschlag zur Offroader-Initiative ist bereit für die Schlussabstimmung in den eidgenössischen Räten. Der Ständerat hat die letzte Differenz ausgeräumt. Die Erträge aus Sanktionen für Fahrzeuge mit zu hohem CO₂-Ausstoss fliessen nicht in den Infrastrukturfonds, sondern werden gleichmässig an die Bevölkerung zurückverteilt.
(NZZ 16.03.11)

- 14.03. **Nationalrat beschliesst Bahnreform 2** – Der Nationalrat hat dem zweiten Teilpaket der Bahnreform 2 zugestimmt. Neu sollen alle Reisenden, die keinen gültigen Fahrtausweis vorweisen, bestraft werden. Ferner können unrentable Buslinien in Randgebieten auch weiterhin betrieben werden und Angebotsausschreibungen nicht nur im regionalen Bus-, sondern auch im regionalen Schienenverkehr erfolgen. Nicht zuletzt will die Grosse Kammer technische Hindernisse im grenzüberschreitenden Schienenverkehr abbauen.
(NZZ 15.03.11; „Blick“ 15.03.11; Medienmitteilung economiesuisse 15.03.11)
- 13.03. **735'000 Besucherinnen und Besucher am Autosalon** – Während der vergangenen zehn Tage haben 735'000 Personen den 81. Internationalen Automobilsalon in Genf besucht. Verglichen mit 2010 entspricht dies einer Zunahme um sechs Prozent. Der nächste Autosalon findet vom 8. bis 18. März 2012 statt.
(„Blick“ 14.03.11; AR 16.03.11)
- 11.03. **Mehr Stellplätze für Lastwagen entlang der Nationalstrassen** – Der Bundesrat hat ein Konzept verabschiedet, das ein Netz von insgesamt 16 Lastwagen-Stellplätzen entlang der Nationalstrassen vorsieht. Damit erfüllt die Landesregierung ein entsprechendes Postulat von Ständerat Rolf Büttiker (fdp, Solothurn). Dieses Netz besteht aus kleinen und grossen Stellplätzen. Dabei kann ein kleiner Platz etwa 30 bis 50 und ein grosser rund hundert Camions beherbergen. Zwölf der 16 Stellplätze existieren schon oder sind bereits in Planung. Im Endausbau soll auf den wichtigsten Transitstrecken alle 60 Minuten ein freier Stellplatz angefahren werden können. Auf diese Weise wird den Chauffeuren ermöglicht, ihren Auftrag so planen zu können, dass sie nicht in Konflikt mit den Lenk- und Ruhezeitvorschriften geraten.
(NZZ 12.03.11; BaZ 12.03.11; ASTRA-Medienmitteilung 11.03.11)
- 10.03. **Bundesrat bewilligt Bauprogramme: 1,9 Milliarden Franken für Nationalstrassen** – Der Bund investiert im Jahr 2011 rund 1,9 Milliarden Franken ins Nationalstrassennetz. Davon werden mehr als 1,1 Milliarden Franken für den Ausbau und Unterhalt des bestehenden Netzes verwendet, 740 Millionen Franken fliessen in den Bau neuer Abschnitte und knapp 80 Millionen Franken sind für die Beseitigung von Engpässen reserviert. Der Bundesrat hat dazu die entsprechenden Bauprogramme bewilligt.
(NZZ 11.03.11; ASTRA-Medienmitteilung 11.03.11)
- 10.03. **Volksinitiative für eine „Grüne Wirtschaft“ lanciert** – Die Grüne Partei der Schweiz (GPS) hat mit der Unterschriftensammlung für die Eidgenössische Volksinitiative „für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)“ begonnen. Gemäss diesem Volksbegehren soll der Bund die Möglichkeit einer ökologischen Ausgestaltung des Steuersystems erhalten. Zudem wird festgehalten, dass bis ins Jahr 2050 der „ökologische Fussabdruck“ der Schweiz „eine Erde“ nicht überschreiten soll. Im Moment würden gut „drei Erden“ benötigt. Die Volksinitiative würde zudem als verbindliche Umsetzung von Inhalten, die der „Masterplan Cleantech“ des Bundes bereits aufgelistet hat, wirken.
(NZZ 10.03.11)
- 10.03. **Offroader-Initiative: Differenz bei Verwendung der Bussengelder** – Beim indirekten Gegenvorschlag zur Offroader-Initiative besteht eine letzte Differenz: Der Nationalrat hat seinen Entschluss bekräftigt, die allfälligen Bussengelder – das heisst die Erträge,

die Importeure dem Bund für Fahrzeuge mit zu hohem CO₂-Ausstoss zahlen müssen – gleichmässig an die Bevölkerung zu verteilen. Der Ständerat will diese Gelder dem Infrastrukturfonds zuweisen. Dem Entscheid des „Stöcklis“, wonach die Vorlage erst dann im Bundesblatt publiziert werden soll, wenn die Offroader-Initiative zurückgezogen oder abgelehnt wurde, hat die Grosse Kammer mit 99 zu 73 Stimmen bestätigt. (NZZ 11.03.11; Medienmitteilung Energieforum Schweiz 11.03.11)

08.03. Klimapolitik: Ständerat schont auch Autofahrer nicht – Der Ständerat hat sich dem relativ ambitionierten Ziel des Nationalrats angeschlossen, wonach die Schweiz den Gesamtausstoss des Treibhausgases Kohlendioxid (CO₂) bis 2020 gegenüber dem Referenzjahr 1990 um 20 Prozent reduzieren muss, und zwar vollumfänglich im Inland. Dem Instrument des freiwilligen Klimarappens wird dadurch die Grundlage entzogen. Für den Emissionshandel soll die Schweiz nach dem Willen des Ständerats den Anschluss an das System der Europäischen Union (EU) suchen. Mit 21 zu 16 Stimmen hielt das „Stöckli“ anders als die Grosse Kammer am Druckmittel einer CO₂-Abgabe auf Treibstoffen fest. Diese Abgabe, die für Bundesrätin Doris Leuthard zur Erreichung des ehrgeizigen Reduktionsziels unerlässlich ist, würde maximal 28 Rappen pro Liter betragen. Damit würde die Preisdifferenz zum angrenzenden Ausland verschwinden und den so genannten Tanktourismus zum Erliegen bringen. Zwar könnte so die CO₂-Bilanz der Schweiz auf einen Schlag um ein bis 1,5 Millionen Tonnen verbessert werden; dem stünde allerdings der Steuerausfall eines dreistelligen Millionenbetrags für die Bundeskasse gegenüber. Abgelehnt wurden die Verdoppelung der Autoimportsteuer und deren Einsatz zur Subventionierung besonders sauberer Autos. Sogar Verena Diener (glp, Zürich) fand, dass damit das Fuder überladen würde. (NZZ 09.03.11; „Bund“ 09.03.11; BaZ 09.03.11)

08.03. Fahrplan für die Schaffung eines wettbewerbsfähigen CO₂-armen Europa – Die Europäische Kommission hat einen Fahrplan für die Umgestaltung der Europäischen Union (EU) in eine wettbewerbsfähige CO₂-arme Wirtschaft bis ins Jahr 2050 angenommen. Dieser Fahrplan beschreibt den kostengünstigsten Weg, um das EU-Ziel zu verwirklichen, wonach die Treibhausgasemission bis 2050 um 80 bis 95 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren sind. Dabei sollte die 80-prozentige Reduktion allein nur durch EU-interne Massnahmen erreicht werden. Dafür müssen die CO₂-Emissionen bis 2030 um etwa 40 und bis 2040 um etwa 60 Prozent verglichen mit 1990 verringert werden. Der Aufbau einer CO₂-armen EU-Wirtschaft wird in den kommenden 40 Jahren zusätzlich zu den derzeitigen Investitionen von 19 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) weitere jährliche Investitionen in der Höhe von 1,5 Prozent des EU-BIP, was 270 Millionen Euro entspricht, erfordern. (Medienmitteilung Europäische Kommission 08.03.11)

07.03. Kapitalspritze für SBB-Pensionskasse – Mit 133 zu 42 Stimmen bei sieben Enthaltungen hat der Nationalrat beschlossen, an die Pensionskasse (PK) der Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) einen Sanierungsbeitrag von über 1,15 Milliarden Franken zu leisten. Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf argumentierte, dass die SBB und ihre Angestellten aus eigener Kraft die vorhandene Deckungslücke von knapp zehn Prozent aus eigener Kraft jedenfalls nicht schliessen könnten. Die SBB stünden beim Bund bereits mit sieben Milliarden Franken in der Schuld; der Bedarf an Rollmaterial bewege sich im Bereich von weiteren zehn Milliarden Franken. Zum Schluss überwies die Grosse Kammer mit 115 zu 63 Stimmen eine Motion, die weitere Kapitalspritzen zugunsten der PK des

Bundes oder seiner Regiebetriebe wie z.B. die SBB ausschliessen soll.
(NZZ 08.03.11)

- 07.03. **Ständerat beschliesst indirekten Gegenvorschlag zur Offroader-Initiative** – Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat den indirekten Gegenvorschlag zur eidgenössischen Volksinitiative „für menschenfreundlichere Fahrzeuge“ (Offroader-Initiative), der eine kleine Teilrevision des CO₂-Gesetzes beinhaltet, klar gutgeheissen, und zwar mit 35 zu null Stimmen bei zwei Enthaltungen. Die CO₂-Emissionen von Personewagen, die erstmals in Verkehr gesetzt werden, sind demnach bis Ende 2015 auf durchschnittlich 130 Gramm pro Kilometer zu senken. Anders als die Grosse Kammer beschloss das „Stöckli“ allerdings, die allfälligen Bussengelder nicht gleichmässig an die Bevölkerung zu verteilen, sondern dem Infrastrukturfonds zuzuweisen. Gemäss Bundesrätin Doris Leuthard werden die Einnahmen aus den Sanktionen sowieso gering und auf die Dauer stark abnehmend sein.
(NZZ 08.03.11; BaZ 08.03.11)
- 04.03. **Mehr Energieeffizienz: Bundesrat verabschiedet Botschaft** – Entgegen der Auffassung der Wirtschafts- und Strassenverkehrsverbände hat der Bundesrat beschlossen, für Anlagen, Geräte und Fahrzeuge künftig direkt Energieverbrauchsvorschriften erlassen zu können und nicht wie bisher die Wirkung freiwilliger Massnahmen abwarten zu müssen. Dieser energiepolitische Paradigmenwechsel erfordert eine Änderung von Artikel 8 des Energiegesetzes. Der Bundesrat hat heute eine entsprechende Botschaft samt Gesetzesrevision zuhanden der eidgenössischen Räte verabschiedet.
(BFE-Medienmitteilung 04.03.11; BBl 2011 S. 2433-2448)
- 03.03. **Güter-Alpentransit hat zugenommen** – Gemäss dem Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) ist die Anzahl der alpenquerenden Lastwagenfahrten im Jahr 2010 um 77'000 auf knapp 1,26 Millionen gestiegen. Dieser Wert liegt weit über der im Güterverkehrsverlagerungsgesetz angestrebten Zielmarke von maximal 650'000 Fahrten bis 2018 bzw. 2019 und auch noch deutlich über dem für Ende 2011 angepeilten Zwischenziel von höchstens einer Million Fahrten. Laut Gesetz hat der Bundesrat dem Parlament zusätzliche Massnahmen zu unterbreiten, falls die Zielerreichung nicht gewährleistet ist. Der Bundesrat wird mit dem nächsten Verlagerungsbericht im kommenden Herbst deshalb entsprechende Vorschläge unterbreiten. Insgesamt werden nach wie vor mehr alpenquerende Güter auf der Schiene als auf der Strasse transportiert. Ebenfalls konnte die Bahn von der Strasse wieder Marktanteile zurückgewinnen. 2010 wurden fast 63 Prozent aller Güter im Alpentransit mit der Bahn befördert. Stark wuchs dabei der unbegleitete kombinierte Verkehr (UKV), der eine Zunahme von rund 17 Prozent ausweisen konnte.
(NZZ 04.03.11; UVEK-Medienmitteilung 03.03.11)
- 01.03. **Neuartiges Verkehrskontrollsystem in Betrieb** – Im Kanton Bern feiert ein neuartiges Kontrollsystem für den Strassenverkehr Premiere. Das mobile rund 350'000 Franken teure Gerät, das die Berner Polizei als erstes Polizeikorps der Schweiz einsetzt, registriert insbesondere jene Verkehrssünder, die den Abstand nicht einhalten. Merkt das System, dass der Abstand zwischen zwei Fahrzeugen zu gering ist, wird die Nummer des Kontrollschilds aufgezeichnet und Bilder von der Person am Steuer gemacht. Gemäss Aussagen der Berner Polizei geht es um die Erhöhung der Verkehrssicherheit, da das

Zu-nahe-Auffahren Unfallursache Nummer eins sei.
(BZ 01.03.11)

- 22.02. Weniger Getötete und Schwerverletzte im Strassenverkehr** – Gemäss der Schweizerischen Beratungsstelle für Unfallverhütung (bfu) ist die Zahl der Verkehrsoffer im Jahr 2010 erneut gesunken. Auf Schweizer Strassen wurden 328 Personen getötet (sechs Prozent weniger als 2009) und gut 4'500 schwer verletzt (vier Prozent weniger als 2009). Während die Zahl der getöteten Radfahrenden gegenüber 2009 markant (minus 43 Prozent) zurückgegangen ist, hat jene der getöteten Fussgänger signifikant (plus 27 Prozent) zugenommen.
(NZZ 23.02.11; BaZ 23.02.11; bfu-Medienmitteilung 22.02.11)
- 20.02. Töff-Messe war Publikumsmagnet** – Die heute zu Ende gegangene Motorrad-Messe Swiss-Moto in den Hallen der Messe Zürich war mit über 69'000 Besucherinnen und Besuchern ein Vollerfolg. Diese Besucherzahl stellte zudem einen neuen Rekordwert dar.
(„Blick“ 21.02.11)
- 17.02. Die Swiss-Moto hat ihre Pforten geöffnet** – Die Motorrad-Messe Swiss-Moto findet vom 17. bis 20. Februar 2011 in den Hallen der Messe Zürich statt. Wer sich für Motorräder und Roller interessiert, wird an der Swiss-Moto auf über 30'000 Quadratmeter von 195 Ausstellern mit den wichtigsten Neuerungen der Branche bedient, auch punkto Zubehör, Bekleidung und Tuning.
(NZZ 18.02.11; Medienmitteilung Swiss-Moto 16.02.11)
- 16.02. 81. Internationaler Automobilsalon in Genf** – Der diesjährige 81. Internationale Automobilsalon in Genf zeigt vom 3. bis 13. März nahezu 170 Welt- und Europapremieren sowie über 40 Neuheiten im Bereich alternativer und umweltfreundlicher Technologien. Rund 260 Aussteller aus 31 Ländern präsentieren mehr als 700 Marken auf über 80'000 Quadratmeter Nettoausstellungsfläche in den sieben Hallen der Palexpo Genf.
(Medienmitteilung Automobilsalon 16.02.11)
- 14.02. Immer mehr Motorfahrzeuge** – Gemäss dem Bundesamt für Statistik (BFS) sind im Jahr 2010 in der Schweiz 5,4 Millionen Strassenmotorfahrzeuge immatrikuliert gewesen. Allein der Bestand der Personenwagen (PW) ist seit 1990 um eine Million auf über vier Millionen angewachsen. Auf zwei Einwohner kommt nun mehr ein PW.
(NZZ 15.02.11; BFS-Medienmitteilung 14.02.11)
- 13.02. Berner Autohalter bezahlen künftig weniger** – Die Stimmberechtigten im Kanton Bern haben äusserst knapp einen so genannten Volksvorschlag angenommen, der eine generelle Reduktion der Autosteuern um ein Drittel vorsieht.
(NZZ 14.02.11)
- 13.02. Kanton Zürich: Zweckbindung von Bussengeldern abgelehnt** – Die kantonale Volksinitiative zur Verwendung der Ordnungsbussen im Strassenverkehr, die so genannte Verkehrssicherheits-Initiative der Zürcher Sektion des Automobilclubs der Schweiz (ACS), ist an der Urne klar gescheitert. Fast drei Viertel der Stimmberechtigten im Kanton Zürich haben es abgelehnt, ein Viertel der Busseneinnahmen für Massnahmen

zur Verbesserung der Verkehrssicherheit zweckzubinden.
(NZZ 14.02.11)

13.02. Kein Rückenwind für Luzerner Velos – Mit einer Mehrheit von 65 Prozent haben sich die Stimmberechtigten im Kanton Luzern gegen eine Volksinitiative ausgesprochen, die zusätzliche Bauten zugunsten einer Verdoppelung des Veloanteils am Gesamtverkehr innerhalb von zehn Jahren forderte.
(NZZ 14.02.11)

09.02. Konstante Treibstoffverkäufe im Jahr 2010 – Gemäss Erdöl-Vereinigung (EV) hat der Absatz der wichtigsten Erdölprodukte in der Schweiz im Jahr 2010 rund 10,5 Millionen Tonnen betragen. Das sind gut acht Prozent weniger als 2009. Vom Gesamtabsatz entfiel der grösste Teil – rund zwei Drittel – auf die Treibstoffe. Die schon seit mehreren Jahren abnehmende Nachfrage nach Benzin setzte sich auch 2010 fort (minus 3,6 Prozent verglichen mit 2009). Die kontinuierlich verbesserte Motoreffizienz ist der Hauptgrund dieses Rückgangs. Der Absatz von Dieselöl hat wieder an Dynamik gewonnen (plus rund vier Prozent verglichen mit 2009). Die gestiegenen Verkäufe widerspiegeln die verbesserte Binnenkonjunktur. Zu einem kleineren Teil sind sie auf den wachsenden Anteil dieselbetriebener Personenwagen zurückzuführen.
(EV-Medienmitteilung 09.02.11)

08.02. Zahl der Ausweisentzüge angestiegen – Gemäss den neuesten Zahlen aus dem Administrativmassnahmenregister (ADMAS) des Bundesamts für Strassen (ASTRA) mussten im Jahr 2010 knapp 79'000 Fahrzeuglenkerinnen und -lenker ihren Führerausweis abgeben. Dies sind 5,5 Prozent mehr als 2009. Hauptgründe für den Führerausweisentzug waren das Überschreiten der Geschwindigkeit sowie Alkohol am Steuer. Wegen zu schnellem Fahren gaben gut 35'400 Personen – 1,2 Prozent mehr als 2009 und so viele wie noch nie – den Führerausweis ab. Entgegen dem Trend der letzten Jahre haben auch Massnahmen gegen alkoholisierte Lenkerinnen und Lenker zugenommen. Die Entzüge (0,8 Promille und mehr) stiegen um 5,4 Prozent, die Verwarungen (0,5 bis 0,79 Promille) sogar um 12,2 Prozent. Die meisten Ausweisentzüge waren auf einen Monat bis drei Monate befristet (knapp 64 Prozent). Rund 18 Prozent der Ausweise wurden auf unbestimmte Zeit entzogen. Dies entspricht einer Zunahme um gegen 21 Prozent. Diesbezüglich wirkt sich das im Jahre 2005 eingeführte, verschärfte Recht (Kaskadensystem: stufenweise Verlängerung der Entzugsdauer für Wiederholungstäter) weiterhin messbar aus. Der 2005 eingeführte Führerausweis auf Probe schlägt sich in der Statistik ebenfalls nieder. So musste 2010 bereits 1'388 Personen (plus rund 81 Prozent) der Ausweis annulliert werden.
(NZZ 09.02.11; ASTRA-Medienmitteilung 08.02.11)

07.02. Tagfahrlichter ab sofort obligatorisch – Neue Automodelle müssen in der Schweiz ab sofort mit Tagfahrlichtern ausgerüstet sein. Die Schweiz übernimmt damit eine Norm der Europäischen Union (EU), die vorerst für alle Fahrzeuge unter 3,5 Tonnen Gesamtgewicht gilt. In der EU ist die neue Vorschrift ebenfalls gerade in Kraft getreten. Mitte 2012 soll sie auf Lastwagen und Busse ausgeweitet werden. Betroffen sind nur neue Modelle, also nicht generell alle Neuwagen.
(NZZ 08.02.11)

- 07.02. **Kanton Tessin: Teilweise Aufhebung von Tempo 80** – Der Kanton Tessin hat die wegen zu hoher Feinstaubkonzentration verfügte Tempo-80-Limite auf der Autobahn A2 nördlich von Melide aufgehoben. Südlich von Melide bis Chiasso bleibt Tempo 80 allerdings weiterhin in Kraft.
(NZZ 08.02.11)
- 04.02. **Automobilwirtschaft: Knapp 90 Milliarden Franken Umsatz** – Die Automobilbranche in der Schweiz erzielte im Jahr 2009 einen Umsatz von knapp 90 Milliarden Franken. Das geht aus dem Vademecum 2011 von **strasseschweiz** hervor. In fast 20'900 Betrieben trugen gut 226'700 Personen zu diesem Umsatz bei.
(Medienmitteilung **strasseschweiz** 04.02.11)
- 27.01. **strasseschweiz formuliert Grundsätze zur Verkehrsinfrastrukturfinanzierung** – In einer Medienverlautbarung hat **strasseschweiz** als Beitrag zur Diskussion rund um die künftige Verkehrsinfrastrukturfinanzierung sowie vor dem Hintergrund der desaströsen VCS-Initiative vier Grundsätze formuliert. Diese lauten kurz zusammengefasst wie folgt: Es gilt das Verursacherprinzip. Es gibt keine Abgabe ohne Zweckbindung. Es dürfen keine Steuern auf Vorrat erhoben werden. Es braucht eine ausreichende Finanzierung für bedarfsgerechte Verkehrsinfrastrukturen.
(Medienmitteilung **strasseschweiz** 27.01.11)
- 20.01. **Bundesrat will mehr Geld von Bahn- und Autofahrenden** – Der Bundesrat rechnet mit steigenden Aufwendungen und zum Teil sinkenden Einnahmen für den Unterhalt und Ausbau der Infrastrukturen des Landverkehrs. Daher sollen für die Strassenbenützenden in einer ersten Etappe der Autobahnvignettenpreis verdoppelt werden; später käme eine Erhöhung des Mineralölsteuerzuschlags von bis zu zehn Rappen hinzu. Für die Schiene will der Bundesrat einen neuen, zeitlich unbefristeten Bahninfrastrukturfonds (BIF) einrichten, aus dem Unterhalt und Ausbau bezahlt würden. Dabei ist geplant, den heutigen befristeten Fonds für Eisenbahngrossprojekte (FinöV) samt seinen Finanzierungsinstrumenten im BIF aufgehen zu lassen. Zudem sind als neue Einnahmenquellen höhere Billettpreise für die Bahnpassagiere, Beiträge der Kantone und ein geringerer Steuerabzug für Pendler vorgesehen. Diese Vorschläge des Bundesrats sollen den direkten Gegenentwurf zur VCS-Initiative „Für den öffentlichen Verkehr“ bilden.
In einer Medienverlautbarung hat **strasseschweiz** die vom Bundesrat präsentierten Vorschläge zur künftigen Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur als gute Diskussionsgrundlage erachtet, allerdings Verbesserungsbedarf geortet. Primär ist **strasseschweiz** nicht damit einverstanden, dass der untauglichen und schädlichen VCS-Initiative ein Gegenvorschlag gegenüber gestellt werden soll. Die VCS-Initiative sei ein grosser Etikettenschwindel und müsse Volk und Ständen so rasch als möglich ohne Gegenvorschlag zur Abstimmung unterbreitet werden.
(NZZ 21.01.11; BaZ 21.01.11; NZZ am Sonntag 23.01.11; AR 26.01.11; UVEK-Medienmitteilungen 20.01.11; Medienmitteilung **strasseschweiz** 20.01.11)
- 14.01. **Schlussbericht der Studie „LSVA und Routenwahl“ publiziert** – Das Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) hat den Schlussbericht der Studie „LSVA und Routenwahl“ veröffentlicht. Gemäss dieser Untersuchung hat die Einführung der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) im Jahr 2001 nicht dazu geführt, dass der Schwerverkehr von den Autobahnen auf das untergeordnete Strassennetz ausweicht. Diese Erkenntnis

bestätigt, dass die Strassengebühren beim Gütertransport nicht entscheidend sind für die Routenwahl; wesentlicher sind offenbar Zeit und Kalkulierbarkeit. Im Weiteren ist die Fahrleistung des Schwerverkehrs in den Jahren nach der LSVA-Einführung auf dem gesamten schweizerischen Strassennetz deutlich rückläufig gewesen. Danach stieg sie zwar wieder an, lag im Jahr 2008 aber immer noch unter dem Wert des Jahres 2000. Zwischen 2000 und 2005 ging die Fahrleistung des Schwerverkehrs auf dem Autobahnnetz leicht zurück, auf dem untergeordneten Strassennetz sogar deutlich mehr. Von 2005 bis 2008 nahm der Schwerverkehr auf den Autobahnen leicht zu, auf dem untergeordneten Netz nahm er weiterhin ab.

(NZZ 15.01.11; ARE-Medienmitteilung 14.01.11; Bericht „LSVA und Routenwahl“ 1.2011)

13.01. Neuartige Tempokontrolle in Betrieb – Heute nimmt die erste Abschnittsgeschwindigkeitskontrolle (AGK) auf Schweizer Strassen im Arisdorftunnel (BL) auf der Autobahn A2 ihren Betrieb auf. Das Tempo der Fahrzeuge wird nicht mehr punktuell, sondern über einen längeren Abschnitt – im betreffenden Fall auf einer Strecke von 1,5 Kilometer – überwacht. Das Bundesamt für Strassen (ASTRA) testet die AGK an zwei festen Standorten, namentlich im Arisdorftunnel und ab Frühjahr 2011 auch auf der Autobahn A9 bei Bex (VD), sowie ebenfalls ab kommendem Frühjahr mittels einer portablen Anlage. Mit den Tests will das ASTRA herausfinden, ob diese Art der Geschwindigkeitskontrolle in der Schweiz ebenso positive Ergebnisse liefert wie z.B. in Italien, Österreich oder in den Niederlanden. Der Ergebnisse des nun gestarteten Betriebs auf der A2 werden wissenschaftlich ausgewertet und voraussichtlich im Herbst 2011 veröffentlicht.

(NZZ 12.01.11; ASTRA-Medienmitteilung 11.01.11)

12.01. Einführung von Umweltzonen gestoppt – Die Schaffung einer bundesrechtlichen Basis für Einrichtung von Umweltzonen in Städten ist in der Anhörung auf Ablehnung gestossen. Insbesondere die Kantone, die für die Umsetzung verantwortlich gewesen wären, haben die Vorlage grossmehrheitlich verworfen. Das Eidgenössische Verkehrsdepartement (UVEK) verzichtet deshalb auf eine Weiterführung des entsprechenden Rechtsetzungsprojekts.

(NZZ 13.01.11; ASTRA-Medienmitteilung 12.01.11)

10.01. Aufwärtstrend bei den Nutzfahrzeugverkäufen – Zwar wurden weder bei den Ablieferungen von leichten Nutzfahrzeugen an Kunden noch bei den Bestelleingängen für schwere Nutzfahrzeuge bei den Importeuren die guten Ergebnisse aus dem Jahr 2008 erreicht; verglichen mit 2009 war aber doch ein Zunahme von 12 Prozent bei den leichten und sogar von fast 27 Prozent bei den schweren Nutzfahrzeugen zu verzeichnen. Insgesamt wurden 2010 knapp 24'600 leichte Nutzfahrzeuge (Gesamtgewicht bis 3,5 Tonnen) an Kunden abgeliefert bzw. Letztere bestellten bei den Importeuren gut 3'700 schwere Nutzfahrzeuge.

(Medienmitteilung auto-schweiz 10.01.11)

05.01. Autoverkäufe 2010: Neuer Schwung – Die Schweizer Automobil-Importeure und ihre Markenhändler können bezüglich des Absatzes neuer Personenwagen auf ein erfolgreiches Jahr 2010 zurückblicken: Gut 294'200 Neufahrzeugverkäufe entsprachen einer Zunahme von nahezu elf Prozent gegenüber 2009 (rund 266'000). Damit wurde das beste Ergebnis seit dem Jahr 2002 (rund 295'100) erreicht.

(Medienmitteilung auto-schweiz 05.01.11)

strasseschweiz/pk; 11.04.2013

Stichwortverzeichnis 2011**11.04.2013**

Verkehr	(Datum)
Allgemeines; Ständige Wohnbevölkerung nimmt bis 2035 um 12,5 Prozent von rund 7,9 auf gut 8,8 Millionen Personen zu; Neues BFS-Szenario	29.03.
Automobilsalon; 735'000 Besucherinnen und Besucher; Sechs Prozent mehr als 2010	13.03.
Automobilsalon; 81. Austragung findet vom 3. bis 13. März statt; 170 Welt- und Europapremieren; 260 Aussteller aus 31 Ländern mit über 700 Marken	16.02.
Automobilwirtschaft; Knapp 90 Mrd. Franken Umsatz im Jahr 2009; Publikation des Vademecum 2011 von strasseschweiz mit den wichtigsten Kennzahlen	04.02.
Automobilwirtschaft; Im Jahr 2010 fast 24'600 leichte Nutzfahrzeuge an Kunden abgeliefert und gut 3'700 schwere Nutzfahrzeuge von Kunden bestellt	10.01.
Automobilwirtschaft; Im Jahr 2010 gut 294'200 neue Personenwagen abgesetzt; Zunahme von nahezu elf Prozent gegenüber 2009	05.01.
Bahnreform 2; Nationalrat beschliesst zweites Teilpaket	14.03.
EU; Parlament beschliesst verursachergerechtere Eurovignetten-Richtlinie; Anlastung externer Kosten beim Schwerverkehr; Weniger weitreichend als LSVA	07.06.
EU; Kommission legt neue verkehrspolitische Langzeitstrategie (Weissbuch) vor; Spagat zwischen Klimaschutz, wirtschaftlichem Wachstum und Mobilität	28.03.
EU; Europäische Kommission nimmt Fahrplan für die Umgestaltung der EU in eine wettbewerbsfähige CO ₂ -arme Wirtschaft bis ins Jahr 2050 an	08.03.
Fahrradverkehr; Stimmberechtigte im Kanton Luzern sagen deutlich nein zu einer Veloförderungsinitiative	13.02.
Gotthard-Strassentunnel; Sanierung; Bericht zu den regionalwirtschaftlichen Auswirkungen; Beste Wertschöpfungsbilanz beim Bau einer zweiten Röhre	19.12.
Gotthard-Strassentunnel; Neu gegründetes Komitee für den Ausbau des Gotthardtunnels präsentiert Studie zu den Auswirkungen einer langfristigen Sperrung	21.11.
Gotthard-Strassentunnel; Uner Stimmberechtigte schicken zwei Vorlagen für den Bau einer zweiten Röhre an der Urne deutlich bachab	15.05.
Güterverkehr; Bundesrat verabschiedet Verlagerungsbericht 2011; Zwischenziel von 1 Mio. Lastwagenfahrten 2011 und Endziel von 650'000 Fahrten ab 2018 verfehlt	16.12.
Güterverkehr; Bundesrat ändert Fahrtschreiberkartenregisterverordnung (FKRV); Vereinfachte und günstigere Abgabe von Fahrtschreiberkarten	30.06.
Güterverkehr; 16 kleine und grosse Lastwagen-Stellplätze entlang der Nationalstrassen; Bundesrat verabschiedet entsprechendes Konzept	11.03.
Güterverkehr; Zunahme der Anzahl alpenquerender Lastwagenfahrten um 77'000 auf fast 1,26 Mio.; Bahn gewinnt Marktanteile von der Strasse zurück	03.03.
HGV-Anschluss; Einweihung des Ost-Astes der Strecke Rhein–Rhone; Schweiz beteiligt sich an Gesamtkosten mit 100 Mio. Franken aus FinöV-Fonds	08.09.

Motorfahrzeugbestand; 5,4 Mio. Strassenmotorfahrzeuge im Jahr 2010; Davon 4,1 Mio. Personenwagen (PW); Auf zwei Personen kommt nunmehr ein PW	14.02.
Motorfahrzeugimport; SECO-Untersuchung zur Frankenstärke; Kaufkraftentwicklung im Exportland für verlangten Preis massgebend	06.07.
Nutzfahrzeugsalon; 6. Austragung der „transportCH“; Erstmals in Bern auf Gelände der BernExpo; Aussteller- und Besucherrekord	13.11.
Nationalstrassen; ASTRA plant sukzessive Einführung von Tempo 80 auf überlasteten Abschnitten; Ziel sind weniger Staus und Erhöhung der Kapazität	09.11.
Nationalstrassen; ASTRA-Jahresbericht 2010 zur Verkehrsentwicklung und Verfügbarkeit; 40 Prozent des gesamten Motorfahrzeugverkehrs; Zunahme Staustunden	22.09.
Nationalstrassenbau; Die von der Zürcher TCS-Sektion lancierte kantonale Volksinitiative „Stau weg!“ ist von den Stimmberechtigten klar verworfen worden	27.11.
Nationalstrassenbau; Neuer Vollanschluss Rothenburg (LU) offiziell in Betrieb	05.11.
Nationalstrassenbau; Umfahrungsstrasse von Saas (GR); Tunnel offiziell eröffnet	21.10.
Nationalstrassenbau; Kanton Luzern; Autobahnvollanschluss Buchrain sowie Zubringer Rontal in Betrieb genommen	22.06.
Nationalstrassenbau; Bundesrat bewilligt Bauprogramm für das Jahr 2011 in der Höhe von rund 1,9 Mia. Franken	10.03.
NEAT; Zufahrtsstrecken zum Gotthard-Basistunnel kosten 1 Mia. statt 600-800 Mio. Franken; Anpassung an 4-Meter-Eckhöhe nur unter laufendem Betrieb möglich	06.11.
NEAT; Gotthard-Basistunnel soll definitiv im Dezember 2016 den Betrieb aufnehmen	22.08.
NEAT; Neue Wirtschaftlichkeitsstudie; Weder betriebs- noch volkswirtschaftliche Rentabilität vorhanden; Je rund 200 Mio. Franken Defizit	26.04.
NEAT; Gotthard-Basistunnel mit Durchschlag der Weströhre fertig ausgebrochen; Insgesamt 150 Kilometer langes System von Tunneln, Stollen und Schächten	23.03.
Öffentlicher Verkehr; Die Schweizer Bahn- und Busbetriebe erhöhen die Tarife mit dem Fahrplanwechsel im Dezember 2011 um durchschnittlich 1,5 Prozent	03.05.
Offroader-Initiative; Indirekter Gegenvorschlag; Referendum wird vom VFAS nicht ergriffen; Benötigte Unterschriften gesammelt, aber nicht eingereicht	12.10.
Offroader-Initiative; Indirekter Gegenvorschlag; Referendum gegen CO ₂ -Gesetz von den so genannt kleinen Importeuren ergriffen;	14.08.
Offroader-Initiative; Komitee zieht Volksbegehren „bedingt“ zurück	23.06.
Offroader-Initiative; Bundesversammlung empfiehlt Begehren mit 124 zu 62 (Nationalrat) und mit 32 zu acht Stimmen (Ständerat) zur Ablehnung	17.06.
Offroader-Initiative; Ständerat empfiehlt Begehren Volk und Ständen mit 23 zu acht Stimmen zur Ablehnung; Rückzug der Initiative noch nicht erfolgt	02.06.
Offroader-Initiative; Indirekter Gegenvorschlag; Nationalrat heisst Revision des CO ₂ -Gesetzes mit 122 zu 26 und der Ständerat mit 43 zu null Stimmen gut	18.03.
Offroader-Initiative; Indirekter Gegenvorschlag; Ständerat räumt letzte Differenz aus; Allfällige Bussengelder sollen an Bevölkerung zurückverteilt werden	15.03.

Offroader-Initiative; Indirekter Gegenvorschlag; Nur noch eine verbleibende Differenz; Eidg. Räte sind sich bei Verwendung allfälliger Bussengelder uneins	10.03.
Offroader-Initiative; Ständerat beschliesst indirekten Gegenvorschlag; CO ₂ -Ausstoss von 130 g/km für Neuwagen ab 2015; Allfällige Bussen an Infrastrukturfonds	07.03.
Raserinitiative; Volksbegehren mit 105'763 gültigen Unterschriften formell zustande gekommen	18.07.
SBB AG; Jahreszahlen 2010; Mehr Passagiere, positives Jahresergebnis und steigende Verschuldung; Nettoschulden in der Höhe von über 17 Mia. Franken	30.03.
SBB AG; Sanierungsbeitrag für PK von rund 1,15 Mia. Franken wird vom Nationalrat mit 137 zu 46 und vom Ständerat mit 42 zu null Stimmen genehmigt	18.03.
SBB AG; Nationalrat beschliesst Sanierungsbeitrag für PK von rund 1,15 Mia. Franken	07.03.
strasseschweiz ; 66. ordentliche Mitgliederversammlung; Schlaglöcher in Sicht; Direkter Gegenvorschlag zur VCS-Initiative; CO ₂ -Abgabe auf Treibstoffen	14.06.
SVG; Ab 1. Januar 2012 wird Fahren ohne erforderlichen Führerausweis härter bestraft	19.12.
SVG; Ab 2012 müssen Radfahrende keine Velovignette mehr kaufen; Bundesrat beschliesst entsprechende Verordnungsänderungen	12.10.
SVG; ASTRA bewilligt Erleichterungen für gewisse Elektrofahrzeuge wie „Segways“ oder „Rikschas“; Zulassung und Einsatz werden vereinfacht	23.06.
SVG; BAV erteilt Typenzulassung für „Micro“; Neues günstiges Sicherungssystem für unbewachte Bahnübergänge; Niedrige Frequenzen beim Strassenverkehr	08.06.
SVG; Nationalrat heisst mit 95 zu 69 Stimmen drei Pa.Iv. zur Aufhebung des Rundstreckenrennverbots gut; Ständerat muss entscheiden	30.05.
SVG; Zweite AGK nimmt zwischen Aigle und Bex (VD) ihren Betrieb auf	27.05.
SVG; Neuartiges Verkehrskontrollsystem gegen Zu-nahes-Auffahren feiert im Kanton Bern Premiere	01.03.
SVG; ADMAS-Register; Zahl der Ausweisentzüge 2010 leicht angestiegen	08.02.
SVG; Neue Automodelle ab sofort mit Tagfahrlichtern; Übernahme EU-Norm	07.02.
SVG; Schweizer Premiere; Abschnittsgeschwindigkeitskontrolle (AGK) im Arisdorftunnel auf Autobahn A2 nimmt Betrieb auf; Weitere AGK geplant	13.01.
Swiss-Moto; Neuer Besucherrekord; Über 69'000 Eintritte	20.02.
Swiss-Moto; Die Motorrad-Messe findet heuer vom 17. bis 20. Februar statt	17.02.
VCS-Initiative; Direkter Gegenvorschlag; Bundesrat präsentiert Änderungen an FABI; Festhalten an Quersubventionierung von der Strasse zur Schiene	02.11.
VCS-Initiative; Bundesrat schickt direkten Gegenvorschlag in Vernehmlassung; Finanzierung und Ausbau Bahninfrastruktur (FABI)	31.03.
Verkehrsbeschränkung; Städte-Initiative in Zürich per Stichfrage hauchdünn angenommen; Umsetzung wird als unrealistisch erachtet	04.09.
Verkehrsbeschränkung; Bedingter Rückzug der Städte-Initiative in Winterthur; Anliegen weitgehend in gemeinderätlichen Gegenvorschlag aufgenommen	21.06.
Verkehrsbeschränkung; Stimmberechtigte heissen sog. Städte-Initiative knapp gut; Ja-Stimmenanteil von 50,3 Prozent	15.05.

Verkehrsbeschränkung; UVEK stoppt Einführung von Umweltzonen in Städten; Rechtsetzungsprojekt in Anhörung grossmehrheitlich abgelehnt	12.01.
Verkehrssicherheit; SFV-Umfrage bei Experten; Viele Junglenker sind auf den Strassen überfordert; Mindestanzahl an Fahrstunden vorgeschlagen	27.12.
Verkehrssicherheit; Nationalrat berät Handlungsprogramm „Via sicura“ fertig	20.12.
Verkehrssicherheit; Weniger Verkehrstote und mehr Schwerverletzte im ersten Halbjahr 2011; ASTRA-Strassenverkehrsunfall-Register erstmals ausgewertet	02.09.
Verkehrssicherheit; 2010 sind laut BFS 327 Personen auf Schweizer Strassen gestorben und 4'458 schwer verletzt worden; Deutlicher Rückgang gegenüber 2009	19.07.
Verkehrssicherheit; Ständerat strafft das Handlungsprogramm „Via sicura“	16.06.
Verkehrssicherheit; 2010 sind laut bfu 328 Personen auf Schweizer Strassen gestorben und gut 4'500 schwer verletzt worden; Deutliche Abnahme gegenüber 2009	22.02.
Verkehrssicherheit; Zürcher Stimmberechtigte lehnen mit drei Viertel-Mehrheit ACS-Verkehrssicherheits-Initiative ab; Keine Zweckbindung von Bussengeldern	13.02.
ZEB; Erste Tranche im Umfang von 440 Mio. Franken; Vereinbarung zwischen Bund und SBB genehmigt; Projekte im Zusammenhang mit NEAT und DML	30.06.

Energie	(Datum)
Energieetikette; Bundesrat verabschiedet revidierte Energieverordnung; Deutliche Verschärfungen beschlossen; Strassenverkehrsverbände waren dagegen	10.06.
Energiegesetz; Nationalrat und Ständerat genehmigen Revision; Freiwillige Massnahmen haben zur Steigerung der Energieeffizienz nicht mehr Vorrang	23.12.
Reserven; Zwölf Industrieländer zapfen Erdölreserven an; Aktion von IEA vorbereitet	23.06.
Sparmassnahmen; Ständerat befürwortet Änderung von Art. 8 EnG einstimmig	16.06.
Sparmassnahmen; Bundesrat ändert gegen den Willen von Wirtschafts- und Strassenverkehrsverbänden Art. 8 des Energiegesetzes (EnG); Ende der Freiwilligkeit	04.03.
Treibstoffe; Grösste Schweizer Raffinerie in Cressier (NE) wird stillgelegt	30.12.
Verbrauch; Nationaler Energieverbrauch 2010 auf neuem Rekordwert; 4,4 Prozent mehr als 2009; Kältere Witterung, Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum	28.06.
Verbrauch; Neu in Verkehr gesetzte PW verbrauchen 2010 im Durchschnitt 6,62 l/100 km; CO ₂ -Emissionen liegen bei 161 g/km	28.04.
Verbrauch; Im Jahr 2010 wurden gut acht Prozent weniger Erdölprodukte abgesetzt als 2009; Dieselölabsatz nahm um fast vier Prozent zu	09.02.

Umwelt	(Datum)
Allgemeines; Neue Studie im Auftrag des BAV; Auch der öV muss in Zukunft vermehrt auf die Umwelt achten; Strassenverkehr erheblich verbessert	09.09.
Allgemeines; BAFU und BFS veröffentlichen Bericht „Umwelt Schweiz 2011“; Markante Verbesserungen in den vergangenen Jahrzehnten	13.07.
Elektrofahrzeuge; Beschleunigte Einführung mittels einer internationalen Übereinkunft zwischen EU, USA und Japan; Bildung von zwei Arbeitsgruppen	17.11.
Emissionen; Totalrevision des CO ₂ -Gesetzes von Nationalrat und Ständerat grossmehrheitlich genehmigt; Festlegung der Klimapolitik bis ins Jahr 2020	23.12.
Emissionen; Bundesrat verabschiedet Verordnung über die Verminderung der CO ₂ -Emissionen von Personenwagen; Vollzug Mitte 2012 gewährleistet	16.12.
Emissionen; Revidiertes CO ₂ -Gesetz bereit für Schlussabstimmung; Letzte Differenz ausgeräumt; Erträge aus allfälligen Sanktionszahlungen für Infrastrukturfonds	20.12.
Emissionen; CO ₂ -Ausstoss in der Schweiz 2010 gegenüber 2009 um rund ein Prozent gesunken; Auch Treibstoffsektor verzeichnet Rückgang	26.07.
Emissionen; Bundesrat will Kyoto-Ziellücke von 0,8 Tonnen CO ₂ pro Jahr mit Emissionszertifikaten schliessen; Verhandlungen mit Stiftung Klimarappen	10.06.
Emissionen; Neue BAFU-Studie; Erstmals wird Gesamt-Umweltbelastung durch Konsum und Produktion der Schweiz ermittelt	07.06.
Emissionen; Neuer energiepolitischer Bericht des Bundesrats; Um Klimaziele zu erreichen, soll eine neue Lenkungsabgabe auf Benzin eingeführt werden	26.05.
Emissionen; 1,5 Mio. Tonnen weniger Treibhausgasausstoss im Jahr 2009 als 2008; Trotzdem über Kyoto-Vorgabe; Klimaziel wird voraussichtlich nicht erreicht	18.04.
Emissionen; Neuer BAFU-Bericht; Von 1994 bis 2005 hat der Ausstoss umweltschädlicher Stickstoffverbindungen abgenommen; Verkehr leistet Beitrag	12.04.
Immissionen; NABEL-Bericht 2010; Luftbelastung weiter verbessert	21.09.
Klima-Initiative; Indirekter Gegenvorschlag; Differenzbereinigung; Ständerat folgt Nationalrat; Verzicht auf die Einführung einer CO ₂ -Abgabe auf Treibstoffen	15.12.
Klima-Initiative; Indirekter Gegenvorschlag; Differenzbereinigung; Nationalrat verzichtet abermals auf die Einführung einer CO ₂ -Abgabe auf Treibstoffen	13.09.
Klima-Initiative; Indirekter Gegenvorschlag; Ständerat beschliesst CO ₂ -Reduktion vollumfänglich im Inland; CO ₂ -Abgabe auf Treibstoffen von maximal 28 Rp./l	08.03.
Klimarappen; Stiftung hat Ziele 2010 übertroffen; 14,5 Mio. Tonnen CO ₂ -Reduktion unter Vertrag statt 12 Mio. Tonnen; Erhöhung auf 16 Mio. Tonnen angeboten	07.07.
Klimaveränderung; COP 17; Paradigmenwechsel in der globalen Klimapolitik; Keine Unterscheidung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern mehr	11.12.
Tempobeschränkung; Feinstaubkonzentration; Kanton Tessin hebt Tempo-80-Limite auf Autobahn A2 teilweise auf	07.02.

Finanzen	(Datum)
Autobahnvignette; Bundesrat schickt Erhöhung der Nationalstrassenabgabe von 40 auf 100 Franken in Vernehmlassung; Finanzierung neuer Nationalstrassen	31.03.
Bundesfinanzen; Bundesrat beschliesst Massnahmenpaket 2011 gegen Frankenstärke; Total 870 Mio. Franken; Darin enthalten 46,5 Mio. Franken für Bahnen	31.08.
Eisenbahnrechnung; Definitive Resultate für das Jahr 2010; Deckungsgrad bei 103 bzw. 69 Prozent (ohne Beiträge); Eigenwirtschaftlichkeitsgrad von 40 Prozent	19.12.
Eisenbahnrechnung; Definitive Resultate für das Jahr 2009; Deckungsgrad bei 104,5 bzw. 72 Prozent (ohne Beiträge); Eigenwirtschaftlichkeitsgrad von 41 Prozent	19.04.
Infrastrukturkosten; Bundesrat beschliesst Trassenpreiserhöhung auf Anfang 2013; Einnahmen von 200 Mio. Franken; Billettpreisanstieg von sieben Prozent	31.08.
Infrastrukturkosten; Schweiz investiert von allen europäischen Ländern mit 308 Euro pro Kopf am meisten in die Schiene	11.07.
Infrastrukturkosten; BAV schickt Anpassung des Trassenpreissystems in Anhörung; Benützer sollen verursachte Kosten vollumfänglich decken	06.05.
Lenkungsabgaben; SPS-Volksinitiative „neue Arbeitsplätze dank erneuerbaren Energien“ (Cleantech-Initiative) mit 106'000 gültigen Unterschriften eingereicht	06.09.
Lenkungsabgaben; Grüne Partei der Schweiz lanciert Volksinitiative „für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)“	10.03.
LSVA; Bundesrat beschliesst zehnprozentigen Rabatt für Euro-2- und Euro-3-Lastwagen mit Partikelfiltersystem; Anpassung an Teuerung	23.11.
LSVA; Wissenschaftliche Studie der ProgTrans AG im Auftrag der ASTAG belegt um den Faktor zehn zu hohe Staukosten; Korrekte Berechnung gefordert	18.11.
LSVA; Gemischter Landverkehrsausschuss Schweiz–EU; Anpassung an Teuerungsrat von durchschnittlich rund ein Prozent; Ermässigung für Partikelfilter	10.06.
LSVA; ARE-Schlussbericht „LSVA und Routenwahl“ publiziert; Schwerverkehr weicht nicht von Autobahn auf untergeordnetes Strassennetz aus	14.01.
Mineralölsteuer; Neu verursachergerecht für Luftverkehr reserviert; Nationalrat nimmt Gesetzesänderung mit 184 zu null und Ständerat mit 43 zu null Stimmen an	18.03.
Motorfahrzeugsteuer; Abstimmung über Reduktion der Autosteuer wird wiederholt; Beschluss des Regierungsrat des Kantons Bern; Nachzählung nicht möglich	17.08.
Motorfahrzeugsteuer; Stimmberechtigte im Kanton Bern heissen äusserst knapp eine Reduktion der Autosteuer um generell ein Drittel gut	13.02.
Parkplatzbewirtschaftung; Neue internationale Studie; Parkhaustarife in Schweizer Städten gehören zu den teuersten europa- und weltweit	18.05.
Strassen- und Autosteuern; Fast 9,3 Mia. Franken auf Bundesebene im Jahr 2012; Schiene erhält von Strasse über 1,9 Mia. Franken	09.09.
Strassen- und Autosteuern; Über neun Milliarden Franken auf Bundesebene im Jahr 2010; Schiene erhält von Strasse fast 1,9 Mia. Franken	18.04.

Strassenrechnung; Definitive Resultate für das Jahr 2009; Deckungsgrad liegt bei 118 Prozent; Eigenwirtschaftlichkeitsgrad von 113 Prozent	19.12.
Verkehrsinfrastrukturfinanzierung; strasseschweiz formuliert und bestätigt vier wesentliche Grundsätze	27.01.
Verkehrsinfrastrukturfinanzierung; Bund will mehr Geld von Bahn- und Autofahrenden; Neuer Bahninfrastrukturfonds; Höhere Autobahnvignette und Treibstoffsteuern	20.01.